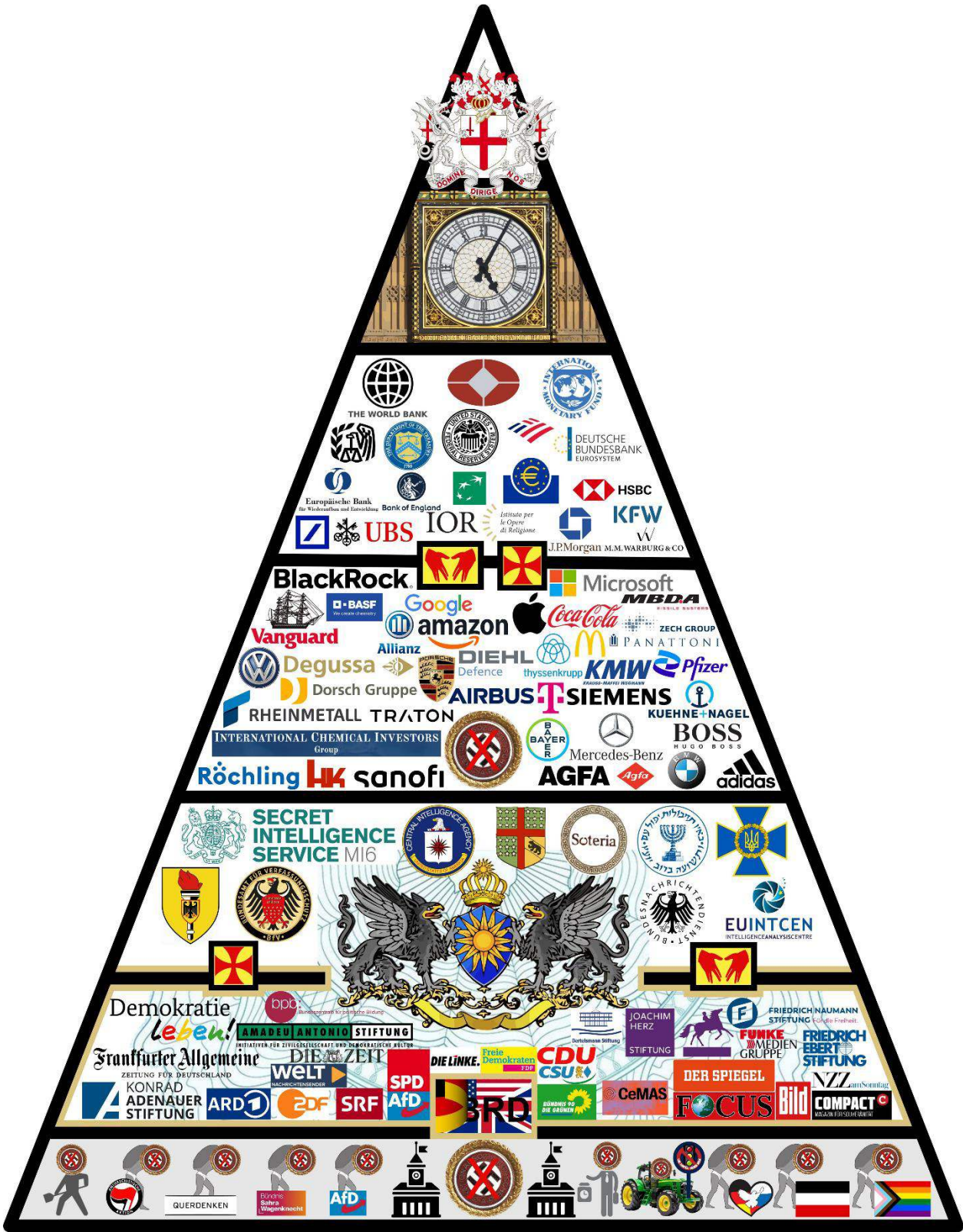


Was sind in Wirklichkeit die Bundesrepublik Deutschland, die NATO und die Europäische Union?



19. Die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) ist NICHT der Staat Deutschland!

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus238831993/Bundestag-Ampel-Plan-fuer-eine-Ersatzstimme-bei-Bundestagswahlen.html>

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Verfassungskonvent_auf_Herrenchiemsee

Quelle:
Carlo Schmid: *Erinnerungen*,
Goldmann Verlag, 1981, S. 360

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

„Es könne nur ein Grundgesetz für einen Übergangszustand (...) beschlossen werden, für eine



Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Deutschland

Forscher vergleichen erstmals erfolgreich Äpfel mit Birnen

"Deutschland"

= das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat
Beweis: Alliierte Begriffs-Festlegung im SHAEF-Gesetz No. 52 Artikel VII Absatz 9 e)



"Bundesrepublik Deutschland"

= die irreführende Bezeichnung für die Besatzungs- und Treuhandorganisation der west-alliierten Siegermächte. Beweis: Artikel 116, 120, 133, 139, 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Urteil des BVerfGE vom 31.07.1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>)

Quelle: <https://www.der-postillon.com/2017/05/aepfel-birnen.html>

19.1 Was ist die heutige „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“)?

Gemäß dem Völkerrecht:

Offizielle, rechtsoffenkundige Faktenlage zum völkerrechtlichen Staat Deutschland, der Bundesrepublik Deutschland („BRD“) und der Deutschen Demokratischen Republik („DDR“) gemäß der nationalen und internationalen Rechtslage:

Rechtsgrundsatz: Das Völkerrecht geht dem BRD-Bundesrecht vor!

Siehe dazu Artikel 25 Grundgesetz für die BRD:

Zitat: „**Art 25. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.**“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_25.html

International völkerrechtliche Ausgangslage seit dem 2. August 1945:

1. Was ist der völkerrechtliche Nationalstaat „Deutschland“?

„Deutschland“ ist der völkerrechtliche Staat „Deutsches Reich“ im Rechts- und Gebietszustand vom 31. Dezember 1937.

Dieses nazifizierte Völkerrechtssubjekt besteht bis heute völkerrechtlich weiter fort!

Rechtsprechung zum offenkundigen Fortbestand des „Deutschen Reiches“ (Deutschland) im Rechts- und Gebietszustand vom 31. Dezember 1937:

30.06.2015 Auswärtiges Amt der BRD:

- Zitat: „Antwort - hib 340/2015 Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ Berlin: (hib/AHE)

Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen (...) ist.“

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964

§ 185 - Bundesbeamtengesetzes in der bis zum 11. Februar 2009 geltenden Fassung (BBG):

- Zitat: „Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.“

Quelle: <https://www.buzer.de/gesetz/885/a12049.htm>

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG der BRD)

- Zitat: „In seinem Urteil von 1973 über den Grundlagenvertrag (...) stellte auch das Bundesverfassungsgericht (...) fest: Das Grundgesetz (...) geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; (...)

Das Deutsche Reich existiert fort [...], besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtslage_Deutschlands_nach_1945

SHEAF-Gesetz Nr. 52 Artikel VII 9. „e) "Deutschland" bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.“

„SHEAF-Gesetz Nr. 53 Artikel VII „g) Der Ausdruck "Deutschland" bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember das "Deutsche Reich" bestand.“

SHEAF-Gesetz Nr. 161 „2. Der Ausdruck "Grenzen des Deutschen Reiches" der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.“ - Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Artikel 116 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

- Zitat: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (Ergänzung: vom 05.02.1934 von Adolf Hitler) oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“
Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

2. Was ist die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“)?

Die 1949 errichtete „Bundesrepublik Deutschland“ ist aus Sicht des Völkerrechts nicht der seit 1945 besetzte Staat „Deutschland“ (1.) oder dessen Rechtsnachfolger. Die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) ist die von den westalliierten Besatzungsmächten 1949 installierte Besatzungsverwaltung („Besatzungsregime“) unter falscher Flagge in der sog. „Trizone“ auf dem handlungsunfähig nicht untergegangenen Nationalstaat „Deutschland“ = das sog. „Deutsche Reich“ von 1937.

Begründung:

Im Rahmen der Haager Landkriegsordnung wurden auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 Besatzungsverwaltungen in den jeweiligen Besatzungszonen errichtet.

Als höchste zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts wurde im Potsdamer Abkommen die Besetzung Deutschlands mit den politischen Grundsätzen der Entnazifizierung und Entmilitarisierung des besiegten Feindstaates Deutschland völkerrechtlich festgelegt. Zur Täuschung der internationalen Weltgemeinschaft wurde die „BRD“ aus niederen Beweggründen von Anfang an in Form einer „Deutschland“-Staatssimulation errichtet. Auf dem besetzten Staat Deutschland, konnten 1949 keine neuen völkerrechtlichen Staaten gegründet werden.

Die westalliierte Besatzungsverwaltung erhielt die irreführende staatsähnliche Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ und wurde mit der Flagge „schwarz-rot-gold“ des besetzten Deutschlands getarnt.

Durch die Errichtung einer Besatzungsverwaltung als Staatssimulation konnten die angloamerikanischen West-Mächte eine dauerhafte Gebietshoheit im Zentrum von Europa „unter falscher Flagge“ etablieren.

Damit wird das angloamerikanische BRD-Besatzungsregime, was im Völkerrecht nur ein Instrument zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung ist, bis heute als Staatssimulation missbraucht.

Beweisführung:

Haager Landkriegsordnung:

Zitat: „Militärische Gewalt auf besetzten feindlichen Gebieten.

Artikel 42. Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Artikel 43. Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach

Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Artikel 55. Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiet befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.“ - Quelle:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=translation&l=de

Zitat: „Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält. (...). Nach den Genfer Konventionen haben Besatzungsmächte besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung im besetzten Gebiet. Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt.“ Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Gemäß dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 und der Haager Landkriegsordnung ist Deutschland in seiner Staatlichkeit nicht vernichtet worden, sondern wird bis zur Erfüllung der Beschlüsse aus Teil II und Teil III besetzt gehalten.

Original-Wortlaut - Zitat:

Teil II Rat der Außenminister der alliierten Mächte

„Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung (...). Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika (...).

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen (...).

Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“ Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

3. Was ist juristisch ein Nationalsozialist - ein sog. „Nazi“?

Ein Nazi ist, wer die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ - Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ - der NSDAP von Adolf Hitler vom 5. Februar 1934 besitzt! Diese Person ist damit Staatsangehöriger zu dem völkerrechtlich weiter existierenden nationalsozialistischen Deutschland von 1937 (1.).

Beweisführung:

Zitat: „Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934

Aufgrund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1. (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) **Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).**“

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de33-45/staatsangehoerigkeit34.htm>

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) der BRD: „§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/stag/_30.html

Seit 1934 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erhalten in der BRD auch die „eingebürgerten“ Migranten die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ der NSDAP von Adolf Hitler und werden damit juristisch nazifiziert!

Die BRD bietet den heutigen, modernen Nazis als „Deutschland“-Staatssimulation eine perfekte Organisationsplattform und versucht auch die völkerrechtlichen Beschlüsse von 1945 zu kapern.

Rechtlicher Status der Deutschen:

Die Deutschen werden bis heute von den westalliierten Siegermächten des „Zweiten Weltkrieges“ als entwaffnete und entrechtete Feinde („Disarmed Enemy Forces“) mit der gleichgeschalteten „Deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 der NSDAP von Adolf Hitler geführt!

Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067) (April 1945):

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen.“

Quelle: https://ghdi.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=2297&language=german

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.** (...) **Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet** und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. (...) Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. **Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.**“

Quelle: <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/potsdamerabkommen.pdf>

Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Zitat: „**Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung:** Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus:

Zitat: (...) „**Gruppen der Verantwortlichen**

Artikel 4. Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen werden folgende Gruppen gebildet:

- 1. Hauptschuldige**
- 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)**
- 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)**
- 4. Mitläufer**
- 5. Entlastete. (...)**

Quelle: <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/befreiungsgesetz46.htm>

Alle „deutschen Staatsangehörigen“, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, befinden sich gemäß der Kontrollratsdirektiven zur Entnazifizierung „automatisch“ in den Schuld Kategorien 1 bis 4.

4. Warum herrscht auf der Erde ein andauernder Welt-Kriegszustand?

(Aktuell der militärische Ukraine-Konflikt, weitere Konflikte im arabischen Raum, der Nahost-Palästina-Konflikt, Konflikte in Afrika, Asien, Mittelamerika, CIA-Farbrevolutionen usw.)

Der „Zweite Weltkrieg“ wurde bis heute durch den nicht erfolgten Abschluss von Friedensverträgen mit damals 54 kriegsbeteiligten Nationen - heute 193 Mitgliedsstaaten im UN-Feindstaatenbündnis gegen Deutschland - offiziell nicht beendet!

Beweisführung:

Auf der Grundlage der bedingungslosen Kapitulation der „deutschen Wehrmacht“ in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 wurde der Zustand der sog. „Debellatio“ herbeigeführt. Eine militärische Kapitulation räumt dem Sieger völkerrechtliche Rechte und Pflichten ein.

Zitat: “Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (...) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges.“ - Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Durch die militärische Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde der allgemeine Kriegszustand nicht beendet.

Die alliierten Siegermächte müssen von dem Zustand der sog. „Debellatio“ Gebrauch machen, um den Kriegszustand zu beenden.

Die alliierten Siegermächte UdSSR, USA, Großbritannien hätten nach der bedingungslosen Kapitulation der „deutschen Wehrmacht“ die Möglichkeit gehabt, Deutschland in seiner Existenz aufzulösen.

Dieser Vorgang hätte 1945 den allgemeinen Kriegszustand offiziell beendet.

Die Alliierten haben aber stattdessen beschlossen, den Staat Deutschland nicht aufzulösen. Eine andere völkerrechtliche Möglichkeit zur Beendigung des andauernden internationalen Kriegszustandes nach einer militärischen Kapitulation ist der Abschluss von Friedensverträgen.

Auch dies wurde von den alliierten Siegermächten unterlassen!

Die letzte Reichsregierung unter Karl Dönitz wurde am 23. Mai 1945 einfach ersatzlos verhaftet und damit der Staat Deutschland handlungsunfähig gemacht.

Seitdem befindet sich die gesamte Menschheit in einem dauerhaften Kriegszustand mit all seinen vernichtenden Folgen!

Statt einer sofortigen Beendigung des Kriegszustandes wurde im Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 folgendes verbindlich beschlossen:

Teil III: Für das bis heute handlungsunfähige und besetzte sog. „Nazi-Deutschland“ wurden die politischen Grundsätze der Entnazifizierung und Entmilitarisierung vereinbart!

Teil II: Zu gegebener Zeit soll eine Regierung für ganz Deutschland gebildet werden, die Friedensverträge annehmen und unterzeichnen kann, um den Kriegszustand zu beenden!

Beispielquelle - Zitat „Welt-Nachrichtensender“ vom 19.09.2012: **„Seit 1945 unverändert - Deutschland für UN noch "Feindstaat" Laut einer Klausel in der UN-Charta ist Deutschland seit 67 Jahren ein Feindstaat“**

Quelle: <https://www.welt.de/geschichte/article160307764/Deutschland-fuer-UN-noch-Feindstaat.html>

Zur Rechtslage der BRD ab 1990:

Bundesrepublik Deutschland (BRD) hat ihr Verwaltungsgebiet ab 1990 auf die DDR

ausgedehnt. (Vereintes Wirtschaftsgebiet gemäß GG Art. 133!)

Die DDR hat ihr Nutznießrecht und Verwaltungsrecht an die BRD im Rahmen des **nichtigen** Einigungsvertrages ab 1990 übertragen.

Das Besatzungsstatut ist weiter aktiv und Deutschland soll besetzt bleiben, bis das gültige Potsdamer Abkommen erfüllt ist. (GG Art. 139)

Das angloamerikanische Besatzungsregime "BRD" wurde ab 1990 in eine vollprivatisierte Interessengemeinschaft in Form eines Geflechts aus sog. „Gebietskörperschaften“ umgewandelt.

Dazu wurde ab 1990 der Geltungsbereich“ Artikel 23 Grundgesetz für die BRD aufgehoben und Jahre später mit EU-Bestimmungen „Europa-Artikel“ aufgefüllt.

Zitat: „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“

Art 23 (1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3. (...)

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.“ Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_23.html



← zurück weiter →

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Art 23

(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

(1a) Der Bundestag und der Bundesrat haben das Recht, wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsaktes der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage zu erheben. Der Bundestag ist hierzu auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder verpflichtet. Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können für die Wahrnehmung der Rechte, die dem Bundestag und dem Bundesrat in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union eingeräumt sind, Ausnahmen von Artikel 42 Abs. 2 Satz 1 und Artikel 52 Abs. 3 Satz 1 zugelassen werden.

(2) In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat unlesend und zum kinstufigsten Zeitpunkt zu unterrichten.

(3) Die Bundesregierung erteilt dem Bundestag Gleichzeitigkeit zur Stellungnahme vor ihrer Mitteilung an Rechtsorgane der Europäischen Union. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitwirken sollte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig sind.

(5) Soweit in einem Bereich ausschließliche Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im Übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsangelegenheiten der Länder die Einbringung ihrer Behörden oder ihrer Verwaltungsleiter betreffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates möglichst zu berücksichtigen, dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmeveränderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.

(6) Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder auf den Bereichen der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks betroffen sind, wird die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen. Die Wahrnehmung der Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Zum Seitenanfang Impressum Datenschutzhilfe Barrierefreiheitsklärung Feedback-Formular Seite ausdrucken

Die BRD verwaltet hoheitlich selbstständig mittels dieser voll privatisierten Gebietskörperschaften West- und Mitteldeutschland.

Die BRD operiert ebenfalls hoheitlich über die private Interessengemeinschaft bzw. Vereinigung „Europäische Union“ über ihre Gebietskörperschaften.

Die Verantwortlichen der BRD üben privatwirtschaftlichen Machtmissbrauch für die Fremdinteressen ihrer angloamerikanischen Auftraggeber aus.

Das westalliierte Grundgesetz für die BRD wird von den Machthabern im privaten See- und Handelsrecht nur noch nach Bedarf genutzt und nach Belieben geändert.

Die Entscheidungsträger der BRD haben im Auftrag ihrer angloamerikanischen Auftraggeber den Zustand der Debellatio über deren „Deutschland“-Attrappe verewigen. („ewiges Grundgesetz“)

Die sog. „deutschen Ostgebiete“ wurden von der UdSSR Josef Stalin von Polen zugesprochen und werden entsprechend hoheitlich verwaltet.

Die „Bundesrepublik Deutschland („BRD“) kann nicht der völkerrechtliche Staat Deutschland = das Deutsche Reich oder dessen Rechtsnachfolger sein, weil sie als Fundament das Grundgesetz im Rahmen des Besatzungsstatuts von den westalliierten Siegermächten verordnet bekommen hat.

Dazu kommt das die BRD von Anfang an 1949 in der „Trizone“ als treuhänderische Besatzungsverwaltung AUF dem Boden des handlungsfähigen Staates Deutschland errichtet worden ist.

Darum ist die BRD ein "lupenreines" provisorisches Besatzungsregime der angloamerikanischen Besatzungsmächte AUF Deutschland = dem Deutschen Reich. Zum Beweis siehe dazu auch die Artikel 16, 116, 120, 139, 140, 146 im Grundgesetz FÜR die BRD!



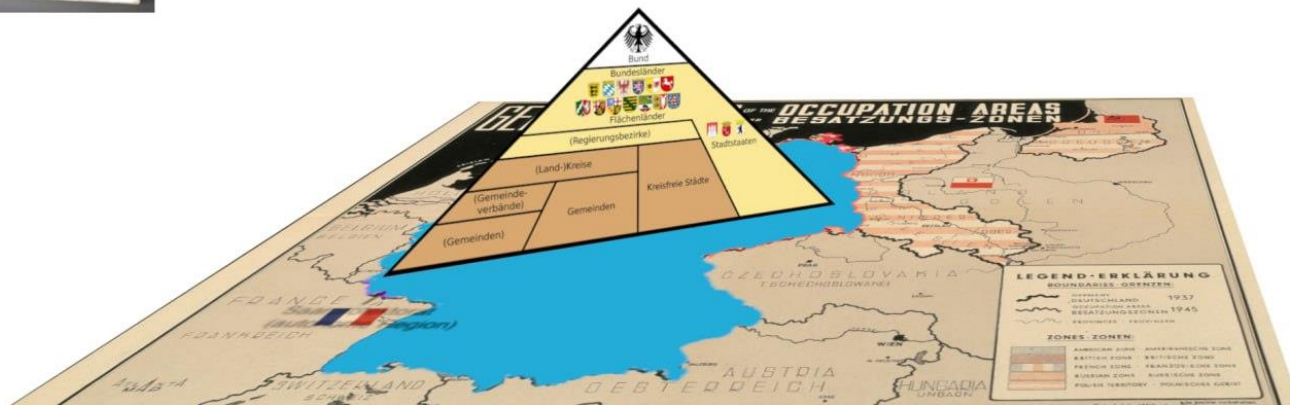
Der Ausdruck falsche Flagge (false flag) ist ein nachrichtendienstlicher, politischer und militärischer Begriff, der ursprünglich aus der Seefahrt stammt. Er bezeichnet Täuschungsmanöver und verdeckte Operationen, meist des Militärs oder eines Geheimdienstes, die zur Verschleierung der Identität und der Absichten des tatsächlichen Urhebers vorgeblich vom jeweiligen Gegner oder einer anderen, dritten Partei durchgeführt werden oder wurden.





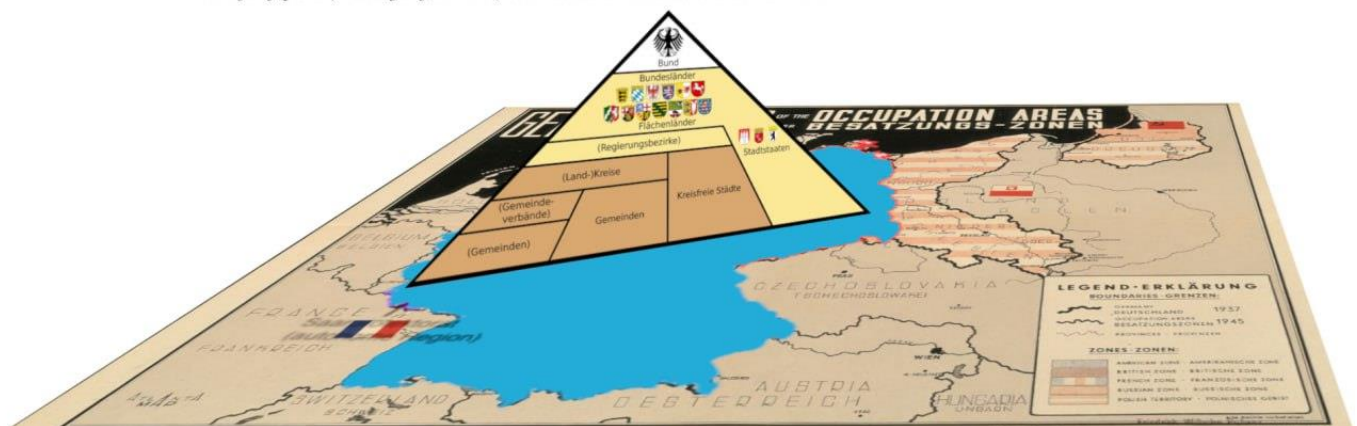
16 Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Gebietskörperschaften sind keine Staaten:

"Eine Gebietskörperschaft ist eine Körperschaft, deren Zuständigkeit und Mitgliedschaft territorial bestimmt sind.[1] Ihre Gebietshoheit ist jeweils auf einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes beschränkt. Sie grenzt sich dadurch von solchen Körperschaften ab, deren Mitgliedschaft durch persönliche Eigenschaften bestimmt wird."

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gebietsk%C3%B6rperschaft>

Kommentar der Bundeskanzlerin Angela Merkel 20 Jahre später anlässlich des Festaktes am 31. August 2000 im Kronprinzenpalais in Berlin: "Der Einigungsvertrag sollte uns ein gutes Beispiel sein für weitere Verträge, die auf der Welt zu schließen sind." (Die Täuschung gilt als eine Art "Handlungsgrundlage" für künftiges Vorgehen bei Staatsverträgen)

Die Bundeskanzlerin würdigte den Einigungsvertrag als „etwas Wegweisendes, etwas Fundamentales“. „Es waren unendlich viele Probleme zu lösen“, sagte sie in ihrer

Ansprache. Sie erinnerte an den unglaublichen Gewinn an Lebensqualität, den wir heute, 20 Jahre später, verzeichnen könnten.

„Die Lasten der Einheit waren in Wirklichkeit Lasten von 40 Jahren verfehlter sozialistischer Wirtschaftspolitik“, betonte Hans Dietrich Genscher.

Schäuble resümierte: „Es ist uns manches richtig gut gelungen.“

Artikel 23 Grundgesetz für die BRD

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit (...)

(...)Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen“

19.2 Zusammenfassung zur Rechtslage in der BRD ab 1990

I. Täuschung durch die Besatzungsverwaltungen BRD und DDR - Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990:

Regel: „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft“ Nachweis u. a. Urteil Bundesverfassungsgericht BVerG E 3, 288 (319f): 6, 309 (338,363))

II. Am 17. Juli 1990 ist die alliierte Fremdverwaltung *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) in Deutschland vom 23. Mai 1949 durch ersatzlose Streichung des räumlichen Geltungsbereiches, Artikel 23 der Besatzungsordnung "Grundgesetz (GG) für die BRD vom 23. Mai 1949" weggefallen.

Das bedeutet: Mit dem Eintritt der Tageswende vom 17. Juli 1990 zum 18. Juli 1990, 0.01 Uhr, ist damit das bisherige Besatzungsorgan *Bundesrepublik Deutschland* mitsamt dem alliierten Militär-Grundgesetz, sowie alle sonstigen Militärbefehle, z. Bsp. auch alle Bundesländer des Besatzungsorgans Bundesrepublik Deutschland, staatsrechtlich de jure erloschen.

Juristisch wirksam wurde diese Streichung am 29. Juli 1990 - Beweis: BGBL II, Seite 885/890, vom 23. September 1990.

III. Am 17. Juli 1990 - nahmen sich die vier Alliierten (Hohe Hand) aus dem Völker- und somit dem Besatzungsrecht der Haager Landkriegsordnung selbst heraus, gaben Deutschland = das *Deutsche Reich* in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 vollständig frei.

Die stammesdeutschen Menschen und Rechtsträger des (Völker-) Rechtssubjekts *Deutsches Reich* waren 1990 gefordert die völkerrechtliche Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wieder zu errichten, was aber offenkundig durch Täuschung und Sabotage verhindert worden ist.

IV. Der sog. „2+4-Deutschland-Vertrag“ vom 03. Oktober 1990 als sog. „In-sich-Geschäft“ (verboten gemäß Paragraph 181 BGB)

Die alte BRD I fusionierte offenbar am 3. Oktober 1990 mit der DDR zur BRD II -

Beweis: **Einigungsvertrag zweier Besatzungsverwaltungen** vom 31. August 1990

Allem Anschein nach wurde in der Heimat der deutschen Völker eine Art Treuhandverwaltung mit Bezeichnungen wie „Deutschland“ und/oder „Bundesrepublik“ und/oder „Germany“ und/ oder „Bundesrepublik Deutschland“ und einem privatisiert

modifizierten Grundgesetz - Basic Law II gegründet. Das Grundgesetz II für die BRD kann demzufolge nur noch einen AGB-Status im Handelsrecht haben.

V. In der Folge der vorgenannten Schritte wurde auf Veranlassung der Alliierten Mächte zum 03. Oktober 1990 bei der UN die alte BRD I von 1949 mit der UN-Länderkennziffer 280 sowie die DDR mit der UN-Länderkennziffer 278 gestrichen.

Neu eingetragen wurde das freigegebene deutsche Gebiet mit der irreführenden Bezeichnung *Deutschland/ Germany* unter der neuen UN-Länderkennziffer 276.

Die alte Bundesrepublik Deutschland, wie auch die Deutsche Demokratische Republik wurden damit offenbar rechtlich nichtig und wurden zu einer **Deutschland- Attrappe** umgewandelt.

Diese umgewandelte Bundesrepublik Deutschland übernahm einfach stillschweigend in konkludenter Annahme durch die vorsätzlich getäuschte deutsche Bevölkerung die Verwaltung in beiden Besatzungsteilen auf Deutschland.

Diese neue Treuhand-Verwaltung/ BRD-Nachfolgeorganisation wird ab dem 3. Oktober 1990 unter den Bezeichnungen **„Bundesrepublik Deutschland“**, **täuschend bzw. irreführend** **„Deutschland“** und **„Germany“** geführt.

Diese angloamerikanische BRD-Treuhandverwaltung geht nun schrittweise in dem Unternehmen - (private) Interessenvereinigung mit der Bezeichnung „Europäische Union“ und/ oder „Europa“ (sog. „viertes Reich“ gemäß Walter Hallstein-Plan) auf - siehe dazu Artikel 23 Grundgesetz für die BRD.

VI. Durch doppelte Aufhebung wurde daraufhin der alliierte Vorbehalt (Besatzungsrecht) in Deutschland wieder eingeführt. (juristischer Trick)

- Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats, S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben: 1. das erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),

2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),

3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die alliierten Entnazifizierungsvorschriften SHAEF und SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *deutschen Staatsangehörigkeit*/ *DEUTSCH* vom 5. Februar 1934 gegen ihren Willen juristisch Nazifiziert sind - Beweis Artikel 139 GG für die BRD - und die Übernahme der Kriegsfolgen und Besatzungskosten - Artikel 120 GG für die BRD

VII. Die **angloamerikanische BRD-Treuhandverwaltung** hält bis heute das *Deutsche Reich* unter internationaler Täuschung im § 270 StGB Rechtsverkehr analog § 263 StGB Betrug mit praktiziertem Gewohnheitsrecht okkupiert, was ein Akt der Piraterie darstellt.

Die notwendige Aufklärung der getäuschten Bevölkerung und der internationalen Weltgemeinschaft und die notwendigen Referenden zur Befreiung von Deutschland werden durch die zu privat-kommerziellen Firmen privatisierte Bundesrepublik-Treuhandverwaltung nachhaltig verhindert.

VIII. Die BRD-Vertreter lassen sich durch interne handelsrechtliche Wahlen (vgl. „Betriebswahlen“) auf Grund des eigenen BVerG (Az.: 2 BvE 9/11) seit 1956 rückwirkend aufgehobenen, nichtigen Wahlgesetzes immer wieder erneut illegal „legitimieren“, was eine organisierte Betrugshandlung gemäß § 263 StGB zu Lasten Dritter darstellt. Vgl. Urteil BVerG -

Quelle:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/01/cs20190129_2bc006214.html



19.2 Die BRD-Tarnorganisation „Deutschland“ ab 1990!

[zurück](#)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 133

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

[zum Seitenanfang](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Barrierefreiheitserklärung](#)

WELT

ABONNEMENT

Suche

Villa Rothschild – die Wiege der Bundesrepublik

Heute ist die "Villa Rothschild" in Königstein im Taunus ein Luxushotel. Das Haus hat eine wechselvolle Geschichte – als Sommerpalais des jüdischen Bankiers Wilhelm Carl von Rothschild und als Tagungsort des Parlamentarischen Rates vor 60 Jahren, an dem das Fundament der Bundesrepublik gelegt wurde.

Veröffentlicht am 20.05.2009 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Elian Ehrenreich

Quelle: <https://www.welt.de/reise/article3775809/Villa-Rothschild-die-Wiege-der-Bundesrepublik.html>



**Schaeffers Grundriß
des Rechts und der Wirtschaft**

Abteilung II: Öffentliches Recht und Volkswirtschaft

28¹. Band

**Das Grundgesetz
der Bundesrepublik Deutschland**

Von

Dr. Harry von Rosen-von Hoewel

Oberregierungsrat

im Bundesministerium des Innern

11.—14. Tausend

umgearbeitete und verbesserte Auflage

1951

W. Kohlhammer Verlag Stuttgart / Verlag L. Schwann, Düsseldorf

IV. Die Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Das Potsdamer Abkommen vom 2. VIII. 1945 hatte bestimmt, daß Deutschlands wirtschaftliche und staatliche Einheit bestehen bleiben solle. Die organisatorische Wiederherstellung dieser Einheit scheiterte jedoch an den Gegensätzen zwischen den Besatzungsmächten. Aus diesem Grunde wurde zunächst für die amerikanische und die britische Besatzungszone unter der Bezeichnung „Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ eine **bizonale Verwaltung** geschaffen. Sie war eine den Ländern übergeordnete Gebietskörperschaft, der es jedoch an eigener Staatlichkeit fehlte.

1. Die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bestand zuletzt aus:

Wirtschaftsrat, Länderrat, Verwaltungsrat und einigen weiteren Dienststellen. Als eine Art Verfassungsgerichtshof war das Deutsche Obergericht in Köln eingerichtet. Weiterhin verfügte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet über eine zentrale **Bank Deutscher Länder**, die auch die französische Zone umfaßte.

2. Hauptaufgabe des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war die **Gesetzgebung auf dem Gebiete der Wirtschaft** mit rechtsverbindlicher Kraft für alle Länder und Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

II. Die Errichtung der Bundesrepublik Deutschland

Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der Doppelzone war von vornherein nur als Zwischenstadium für eine weitergehende Regelung gedacht. Als nächster Schritt sollte die Bildung einer Trizone unter Hinzunahme der französischen Besatzungszone folgen. Hierbei sollte dem neuen Gebilde auch die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet fehlende Staatlichkeit verliehen werden.



III. Der Staat als juristische Person

Das Staatsrecht setzt logisch den Staat voraus. Die Drei-Elemente-Lehre hilft also nicht weiter, wenn *innerstaatliche* Rechte und Pflichten in Frage stehen. Da die deskriptiven Begriffsbildungen der Staatslehre die Wirklichkeit des Staates zu erfassen versuchen, erweisen sie sich *staatsrechtlich* ebenfalls als unergiebig. Selbst die Kennzeichnung als »Gebietskörperschaft« würde für sich genommen noch keine Rechtsfolgen zeitigen. In diese Lücke tritt die Lehre vom Staat als **juristischer Person**.

Für das Zivilrecht ist die rechtliche Verselbständigung von Personenmehrheiten (eingetragener Verein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft) oder Vermögen (Stiftung) seit jeher eine Selbstverständlichkeit. Anders als bei Gesamthandsgemeinschaften (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Erbengemeinschaft) sind nicht die beteiligten Personen Träger von Rechten und Pflichten, durch das Recht wird vielmehr ein neues, rechtsfähiges Zurechnungsobjekt geschaffen.

Den Staat als juristische Person – freilich im Gegensatz zu den eben genannten: des öffentlichen Rechts – zu begreifen, bereitet uns heute keinerlei gedankliche Schwierigkeit. Die Lehre vom Staat als juristischer Person – nämlich als Gebietskörperschaft – darf deshalb heute als herrschend gelten.¹² Im 19. Jahrhundert barg sie hingegen erhebliche Sprengkraft.



Department of State: Division of Corporations

HOME

- About Agency
- Secretary's Letter
- Newsroom
- Frequent Questions
- Related Links
- Contact Us
- Office Location

SERVICES

- Pay Taxes
- File UCC's
- Delaware Laws Online
- Name Reservation
- Entity Search
- Status
- Validate Certificate
- Customer Service Survey

INFORMATION

- Corporate Forms
- Corporate Fees
- UCC Forms and Fees
- Taxes
- Expedited Services
- Service of Process
- Registered Agents
- GetCorporate Status
- Submitting a Request
- How to Form a New Business Entity
- Certifications, Apostilles & Authentication of Documents

Entity Details

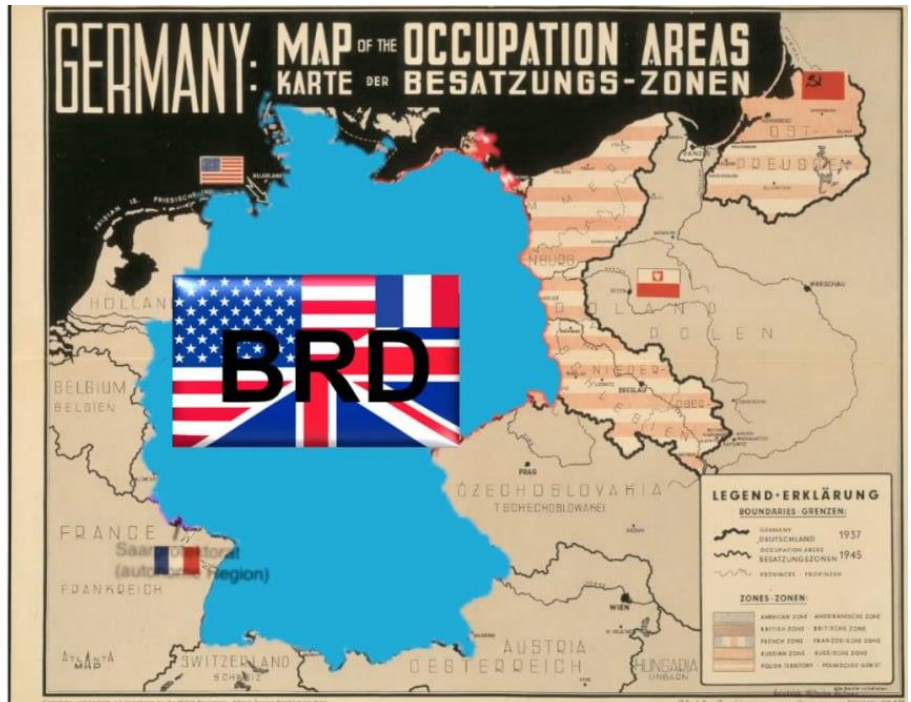
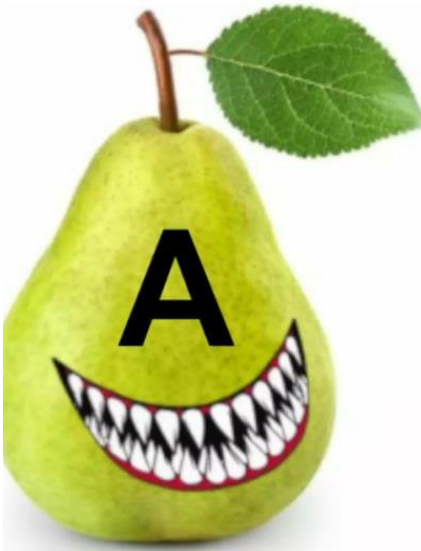
THIS IS NOT A STATEMENT OF GOOD STANDING

File Number:	5959295	Incorporation Date / Formation Date:	2/9/2016 (mm/dd/yyyy)
Entity Name:	DEUTSCHES REICH INC.		
Entity Kind:	Corporation	Entity Type:	General
Residency:	Domestic	State:	DELAWARE

REGISTERED AGENT INFORMATION

Name:	THE COMPANY CORPORATION		
Address:	251 LITTLE FALLS DRIVE		
City:	WILMINGTON	County:	New Castle
State:	DE	Postal Code:	19808
Phone:	302-636-5440		

Additional Information is available for a fee. You can retrieve Status for a fee of \$10.00 or more detailed information including current franchise tax assessment, current filing history and more for a fee of \$20.00.





Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

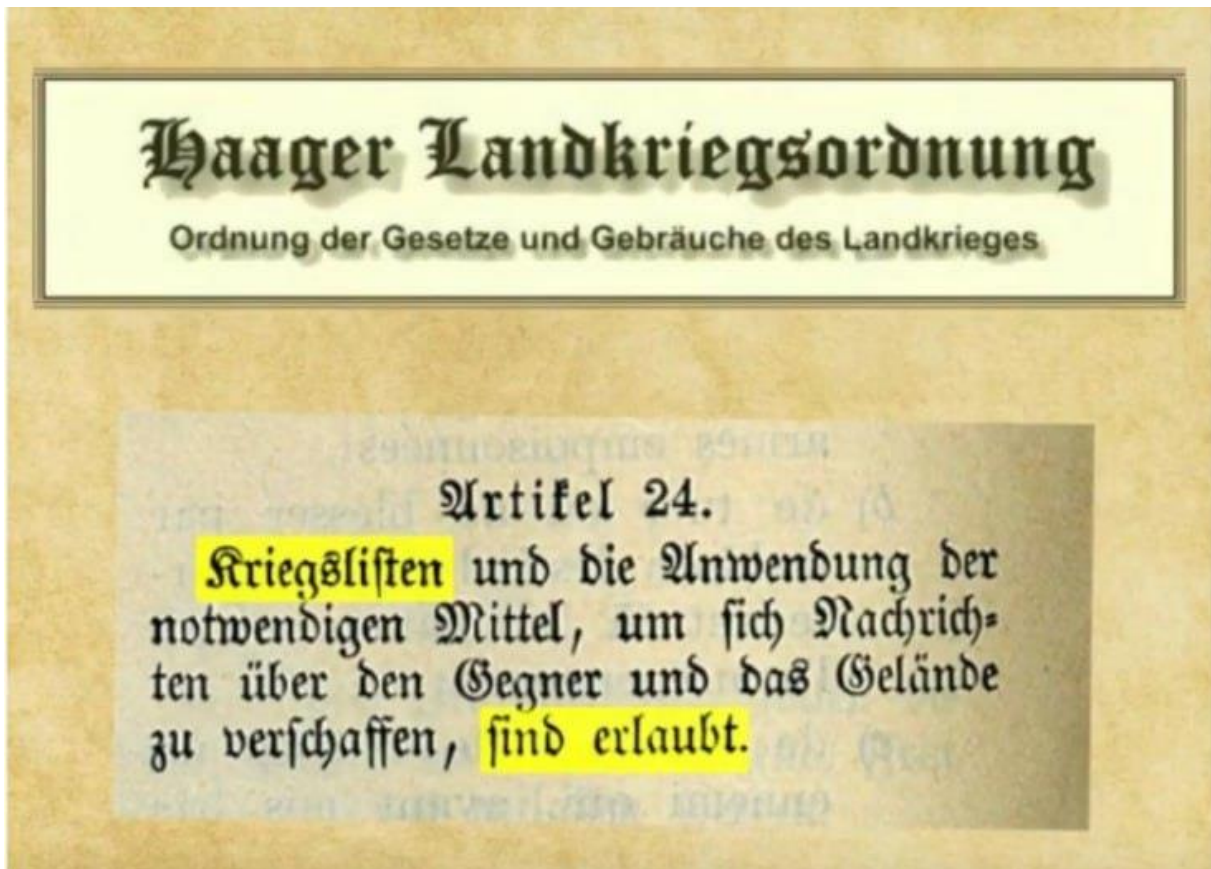


Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



19.3 Drei Beispiele irreführender Falschinformationen zur BRD



- Sefton Delmer (1904-1979) – bedeutender englischer Journalist:
"Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, umso besser. Lügen, Betrug - alles"

Quelle: Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S. 590



1. Falschinformation des IstGH

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE
YEAR 2012
3 February 2012
JURISDICTIONAL IMMUNITIES
OF THE STATE
(GERMANY v. ITALY; GREECE intervening)

2012
3 February
General List
No. 143

"Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?"

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort. Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist. Daher muss die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des Deutschen Reichs einstehen."

Kriegslist (Artikel 24 HLKO) : Irreführende Falschinformationen

Lügen und dreiste Tatsachenverdrehungen bzgl. der Besatzungsverwaltungen auf Deutschland:

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass die Bundesrepublik und das Dritte Reich rechtlich identisch ist (...) Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort. Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist.(...)

2. Falschinformation über das ZDF Frau Gerster in Bezug zum IstGH



(...) Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches (Lüge!)
kann nicht von Einzelpersonen verklagt werden.(...)

3. Falschinformation des Feindstaatenbündnis UNO



Demokratische Volksrepublik Laos	14. Dezember 1955
<u>Deutschland</u>	18. September 1973
<p>– Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Durch den Beitritt der <u>Deutschen Demokratischen Republik</u> zur <u>Bundesrepublik Deutschland</u> am 3. Oktober 1990 haben sich <u>die beiden deutschen Staaten</u> vereinigt und bilden einen souveränen Staat.</p>	
Dominica	18. Dezember 1978
Dominikanische Republik	24. Oktober 1945

Quelle: <https://unric.org/de/mitgliedstaaten/>



Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.



¹ Es wird festgestellt, dass die Äußerung des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Bezug auf den Kläger

² "[Er] versteigt sich zu der Aussage, dass das ‚Deutsche Reich‘ 1945 nicht untergegangen sei."

³ rechtswidrig war.

VG Köln, Urteil vom
22.12.2022 - 13 K 2736/19



Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1966-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <'26>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

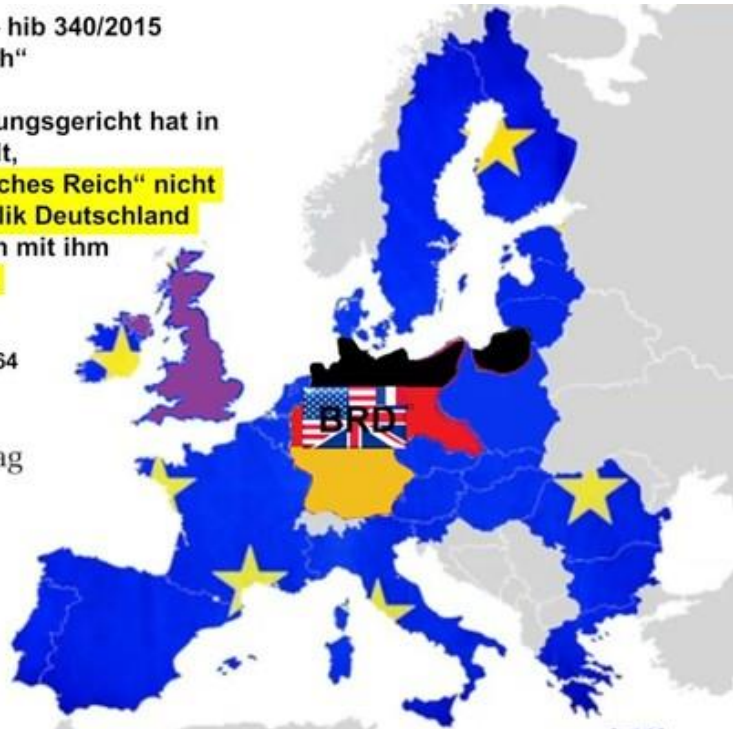
30.06.2015 Auswärtiges — Antwort — hib 340/2015
Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964



Deutscher Bundestag



Sicherheit

Warum in Nürnberg künftig US-Militärpolizei patrouilliert

24. Mai 2023, 8:43 Uhr | Lesezeit: 3 min



Der Nürnberger Hauptbahnhof hat einen schlechten Ruf. Das liegt an der hohen Kriminalität. (Foto: Norbert Probst/imagio)

An kaum einem anderen Bahnhof in Deutschland werden mehr Gewaltdelikte begangen als in Nürnberg. Die Stadt hat deshalb ein neues Sicherheitskonzept ausgearbeitet - mit überraschender Verstärkung.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-hauptbahnhof-polizei-us-militaer-sicherheit-gewalt-verbrechen-1.5877141?reduced=true#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Gewaltdelikte%20in,US-Milit%C3%A4rpolizei%20am%20Hauptbahnhof%20patrouillieren>

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Deutschland

Die Deutschland-Attrappe



Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland



angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD



19.4 Propagandawaffe „Deutschland“

Propagandawaffe "Deutschland"



Süddeutsche Zeitung

Ukraine | Politik | Wirtschaft | Meinung | Panorama | Sport | München ▾ | Kultur | Medien

Psychologie

In den Kopf gehämmert

1. Juli 2019, 21:02 Uhr | Lesezeit: 4 min

Aussagen regelmäßig zu wiederholen, führt zu einer Illusion von Glaubwürdigkeit. Dieser Effekt wirkt selbst dann, wenn es sich offenkundig um Unsinn handelt. Ist irgendjemand davor gefeit?

https://www.sueddeutsche.de/wissen/psychologie-in-den-kopf-gehaemmert-1.4507778?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Dauerfeuer „Deutschland“-Propaganda

Rüsten für den Frieden - Welche Lehren zieht Deutschland aus der Zeitenwende? | Anne Will



tagesschau
1,33 Mio. Abonnenten

Abonnieren

211



Teilen



45.028 Aufrufe vor 1 Monat

Die ganze Sendung: https://1.ard.de/anne_will

Spätestens seit dem erneuten Angriff Russlands auf die Ukraine ist klar: Die Zeit des Fri



tagesschau

ANALYSE Streit um Verbrenner-Aus

Deutschland will noch nicht auf Grün schalten

Stand: 16.03.2023 02:04 Uhr

Wann wird das größte Mitglied der EU seine finale Zustimmung zum ausgehandelten Verbrenner-Aus geben? Der Bundeskanzler verteidigt das vorläufige Nein. Das sorgt in manchen Hauptstädten für wenig Begeisterung.



Menü

Humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe aus Deutschland

So unterstützt Deutschland die Ukraine

Deutschlands Haltung ist klar: Wir werden die Ukraine „so lange wie nötig“ unterstützen, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Deutschland der Ukraine bereits Hilfen im Gesamtwert von mehr als 14 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – als humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen oder in Form von Waffen.

Krieg in der Ukraine Liste der militärischen Unterstützungsleistungen

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de>



POLITIK

Entwicklung der Bevölkerung

Wie sich Deutschland bis 2040 verändert

Von Martin Morcinek und Christoph Wolf
21.04.2023, 20:33 Uhr



20.10.2021 20:35 Uhr – 01:43 min

Arbeitskräftemangel in Deutschland

"Wer wird die Wurst machen? Es gibt keinen mehr"

POLITIK

DEUTSCHLAND AUSLAND

WELT+

MEINUNG

NEBEN DER SPUR

Deutschland als weltweites Vorbild für radikalen Klimaschutz? Absurd!

Stand: 11:42 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Von Harald Martenstein
Freier Kolumnist und Autor

Oskar Lafontaine: „Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA“

Der Krieg in der Ukraine und das Elend der deutschen Außenpolitik: Europa braucht eine eigenständige Sicherheitspolitik. Eine Fundamentalkritik an der Ampel.

Oskar Lafontaine



Menü | Publikationen

Übersicht Nutzungsbedingungen Tipps für Suche und Bestellung Kontakt

Integrationsbeauftragte (IB)

Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken.

12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

(c) "Deutschland" bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161
https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161
(SEITE 23)

DEUTSCHLAND IST SCHLUSSLICHT BEI TABAK-KONTROLLE

mdr WISSEN

Wieder mehr Raucher in Deutschland, besonders bei Jugendlichen

Stand: 21. April 2023, 16:13 Uhr



ADAC

Mitgliedschaft Reise & Freizeit Rund ums Fahrzeug Versicherungen & Finanzen Service

Neue Bahn- und Flughafen-Streiks in Deutschland

21.04.2023, 14:30 Uhr



MDR AKTUELL - DAS NACHRICHTENRADIO

Suchtforscher: Deutschland macht es Rauchern leicht

MDR AKTUELL

Fr 21.04.2023 06:17 Uhr | 03:44 min





Deutschland bei der WM 2022: Kader, Termine, Spielplan und Ergebnisse | Sport | BILD.de

Besuchen

Propaganda außer Kontrolle!

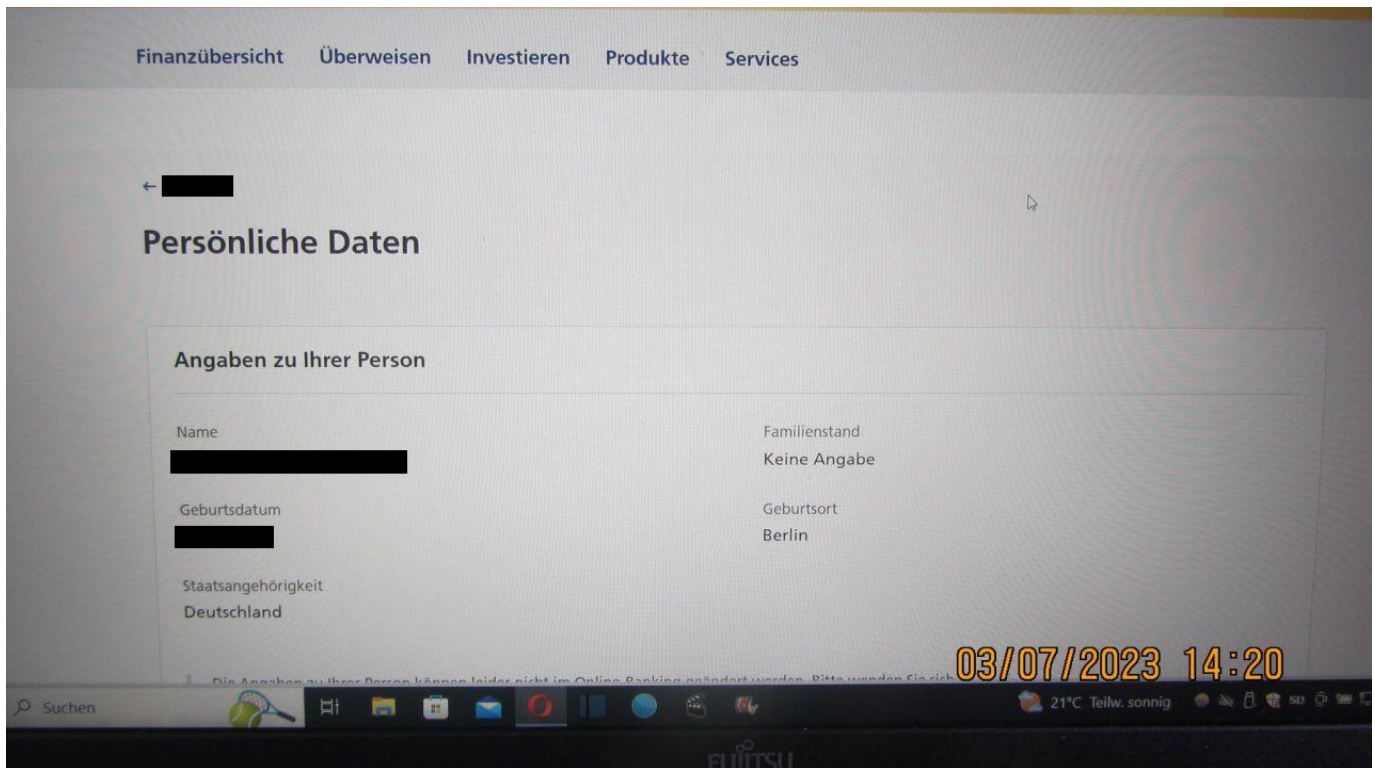
Neuster Coup in der BRD-Staatlosigkeit „Staatsangehörigkeit Deutschland“



**Verordnungsblatt 9000
zu Bonn**

**Staatsangehörigkeit:
Apfel**

Zur Fake-Staatsangehörigkeit: „Deutschland“



Versicherungsnummer: [REDACTED]
Versicherte(r): [REDACTED]
Vorgang: R0100 - Antrag auf Versichertenrente

Druckdatum: 09.09.2022

Allgemeine Angaben

Angaben zur Person

Angaben zur Person

Name :

Vorname (Rufname) :

Familienstand :

Staatsangehörigkeit :

[REDACTED]
Deutschland

Geburtsangaben

Geburtsname :

Geburtsdatum :

Geburtsort :

Geburtsland :

Geschlecht :

[REDACTED]
Deutschland

weiblich

Anschrift

Straße und Hausnummer :

Postleitzahl :

Wohnort :

Land :

[REDACTED]
Deutschland

Wohnsitz am 18.05.1990

Ort :

Staat :

Gebiet :

[REDACTED]
Deutschland

ehemalige DDR

Steuerliche Identifikationsnummer

Die steuerliche Identifikationsnummer : liegt vor

Identifikationsnummer (ohne
Leerzeichen) : [REDACTED]

Zahlungsweg

Die Rente soll auf folgendes Konto überwiesen werden (IBAN siehe
Kontoauszug oder Girocard / EC-Karte):

Inlandskonto

0: [REDACTED] 000
Deutsche Rentenversicherung
Bund



R0100 - Seite 1 von 2
Expertenversion 5.1.1

Das perfekte Ergebnis für die Nazis:

Die gesamte Menschheit wurde mittels Trickbetrug und Propaganda erfolgreich getäuscht und denkt das die BRD Deutschland sei!



Quelle:

09.10.2014

Am 09. November ist es bereits 25 Jahre her, dass die Mauer gefallen ist. Doch was weiß die Jugend überhaupt noch von den damaligen Ereignissen? Die ganze Folge auf MySpass:

<https://www.myspass.de/19678>

<https://www.youtube.com/watch?v=Bz2U4YByHDA>

**20. Kriegslist - Insiehgeschäft „Pariser Verträge“ -
Vergleichsmetapher: Startvorbereitung für das mächtige
„Nazi-Mutterraumschiff“?**



Die Pariser Verträge, 23. Oktober 1954

" Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND einerseits und DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA, DAS VEREINIGTE
KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK (...)

Artikel I

(1) Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äusseren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags und der in Artikel 8 aufgeführten Verträge (in diesem Vertrag als "Zusatzverträge" bezeichnet) werden die Drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.

(3) Die Drei Mächte werden künftig ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik durch Botschafter unterhalten, die in Angelegenheiten gemeinsam tätig werden, welche die Drei Mächte nach diesem Verträge und den Zusatzverträgen als sie gemeinsam betreffend ansehen.

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0018_par&l=de

Insichgeschäft! Die Westalliierten Siegermächte schließen mit Ihrer eigenen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ einfach einen Rückzahlungsvertrag ab!

Londoner Schuldenabkommen

Mit dem **Londoner Schuldenabkommen** (auch: *Abkommen über deutsche Auslandsschulden*, im Folgenden auch kurz *LSA*), das nach langwierigen **Verhandlungen** am 27. Februar 1953 in London unterzeichnet und durch Gesetz vom 24. August 1953 für das Bundesgebiet ratifiziert wurde (BGBl. 1953 II 331, 556), wurden die deutschen Auslandsschulden geregelt. Die dem Abkommen bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als neunzig Prozent der Forderungen gegen Deutschland.

Zum überwiegenden Teil stammten die Schulden aus wirtschaftlichen Hilfeleistungen der Nachkriegszeit, vor allem aus der Hilfe aus dem **Marshallplan**. Ein großer Teil stammte noch aus der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und bestand aus den **Vorkriegsschulden** des Deutschen Reiches und aus von amerikanischen Banken gewährten Anleihen aus der Zwischenkriegszeit. Ein kleiner Teil bestand aus offenen Auslandsschulden, die auf **Reparationsforderungen** des **Versailler Vertrages** zurückgingen. In diesem Abkommen wurden weiterhin auch private Anleihen, Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie **Stillhalteschulden** behandelt. Die Schulden aus der Nachkriegszeit wurden schließlich in bilateralen Verträgen zwischen den Gläubigerstaaten und der Bundesrepublik Deutschland geregelt, während das Londoner Schuldenabkommen multilaterale Vereinbarungen über die Vorkriegsschulden enthält.

Unter der **Verhandlungsführung** von **Hermann Josef Abs** konnte die deutsche Delegation einen hohen Schuldennachlass erreichen. Die anfänglich berechneten Schulden in Höhe von 29,3 Milliarden Mark wurden auf 14,8



Hermann Josef Abs unterzeichnet das Londoner Schuldenabkommen am 27. Februar 1953

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Schuldenabkommen



???

???

1. Kriegslist "Pariser Verträge" 23. Oktober 1954:

Die angloamerikanischen Mächte haben gegenüber ihrer eigenen Besatzungs- und Treuhandverwaltung das Besatzungsrecht aufgehoben und verkaufen seitdem ihre eigenes Besatzungsregime "Bundesrepublik Deutschland" als den völkerrechtlichen Staat "Deutschland" = Deutsches Reich!

2. Kriegslist "Pariser Verträge" 23. Oktober 1954:

Am besetzten Zustand des handlungsunfähigen Feindstaates Deutschlands hat sich dadurch nichts verändert!

Beweis: Bundesgesetzblatt Nr.156 "Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts" §3 Nr.3a

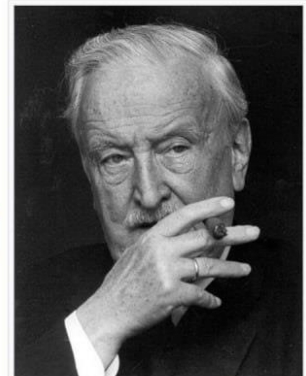
Hermann Josef Abs



Dieser Artikel behandelt den deutschen Bankmanager. Zum Erziehungswissenschaftler siehe [Hermann Josef Abs](#) (Erziehungswissenschaftler).

Hermann Josef Abs (* 15. Oktober 1901 in Bonn; † 5. Februar 1994 in Bad Soden am Taunus) war ein deutscher Manager und Berater. Im nationalsozialistischen Deutschland war er ab 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG sowie ab 1940 Mitglied des Aufsichtsrats der I.G. Farben. Seit dem Anschluss Österreichs war er neben Walter Pöhle, Karl Rasche und Reinhold von Lüdinghausen einer der Hauptakteure der als „Arisierung“ verharmlosten Enteignung von Juden.^[1] Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde er von seinem Vorstandsposten suspendiert und für etwa drei Monate inhaftiert, jedoch von den Briten in der britischen Besatzungszone verwendet.

Er war Vorstandssprecher von 1957 bis 1967 und anschließend bis 1976 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank (DB). Die Anhäufung vieler weiterer Aufsichtsratsmandate führte zur Lex Abs. Konrad Adenauer diente er als Berater und „Finanzdiplomate“. Er galt als ein einflussreicher Kunstmäzen.



Hermann Josef Abs in den 1970er Jahren

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Josef_Abs



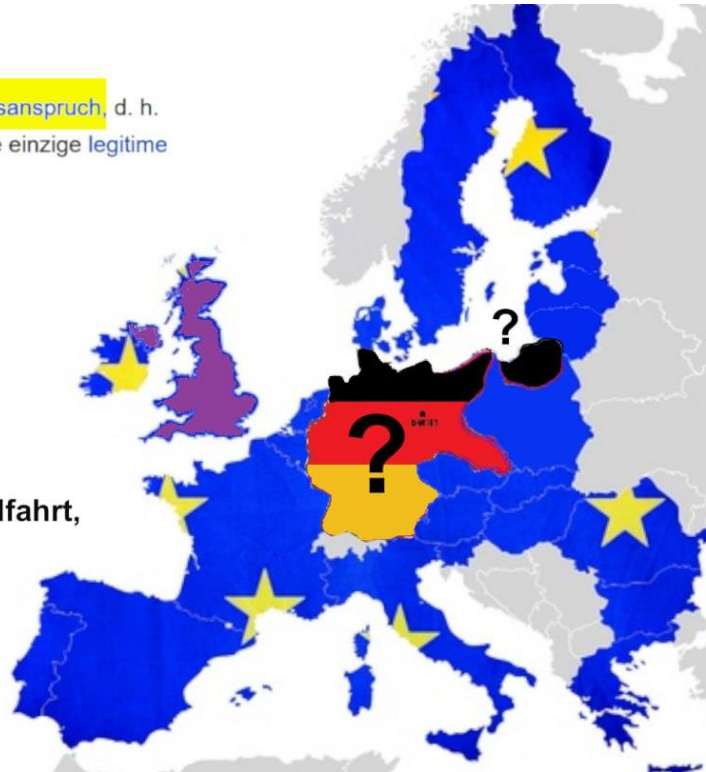
Hallstein-Doktrin

Grundlage der Doktrin war der **Alleinvertretungsanspruch**, d. h. die Auffassung, wonach die Bundesrepublik die einzige legitime Vertretung des deutschen Volkes sei.

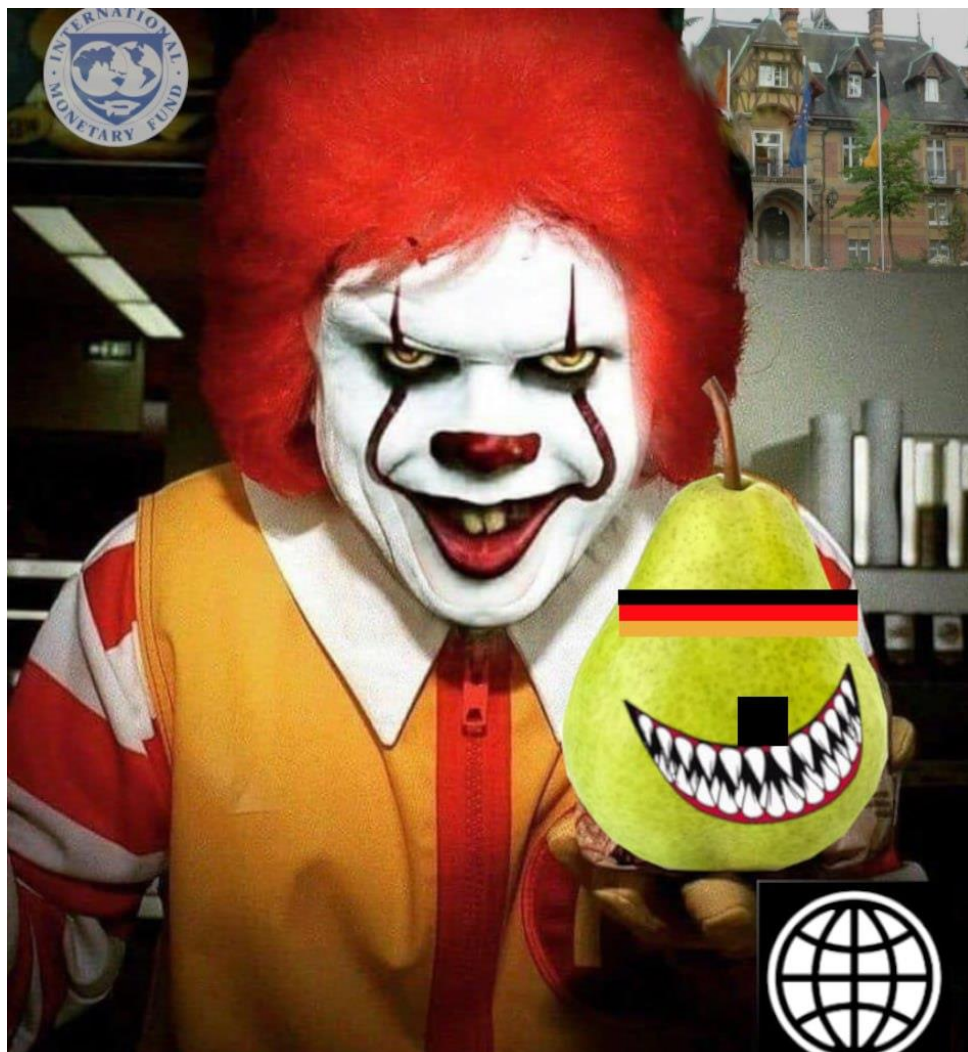
Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hallstein-Doktrin>



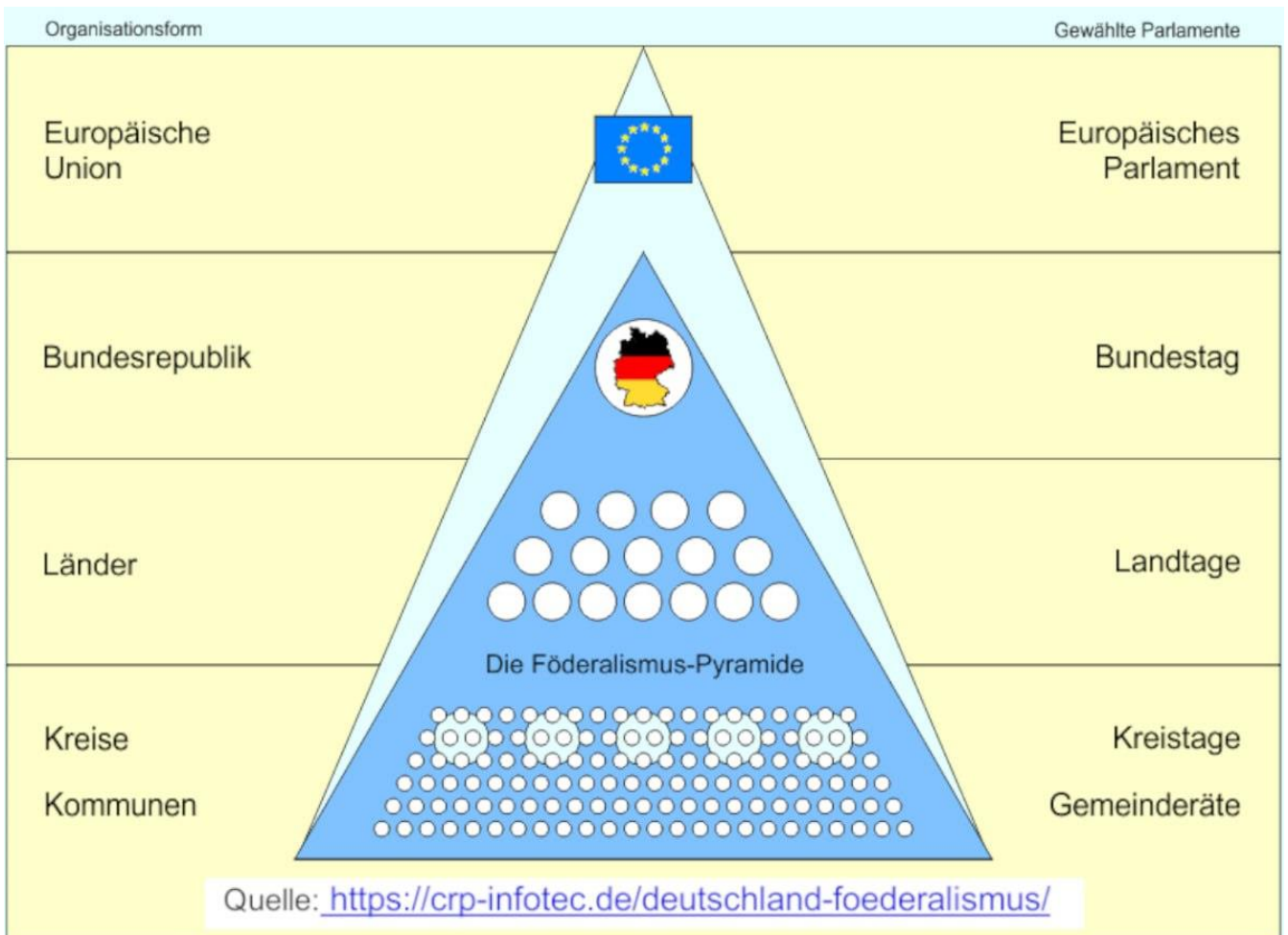
Mitglied des NS-Rechtswaherbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.



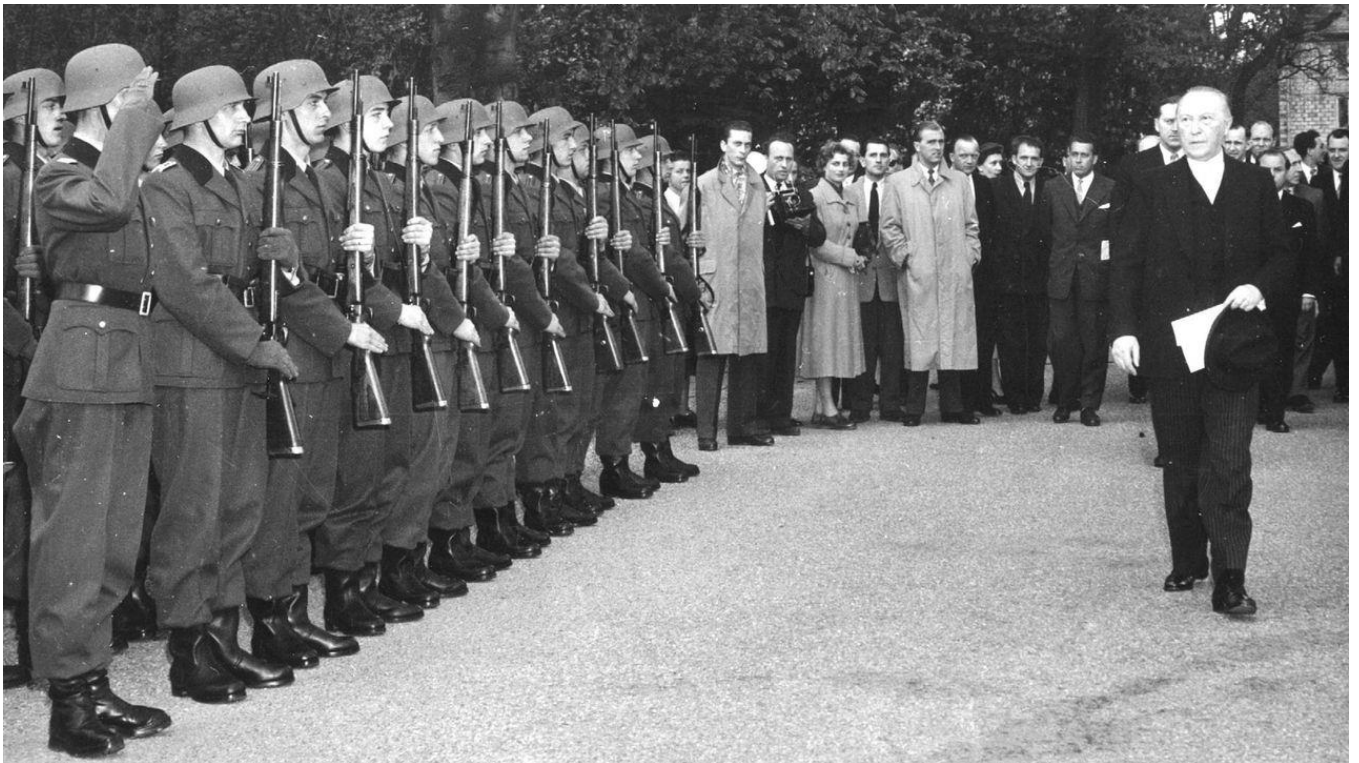
https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de (Zitat-Quelle)

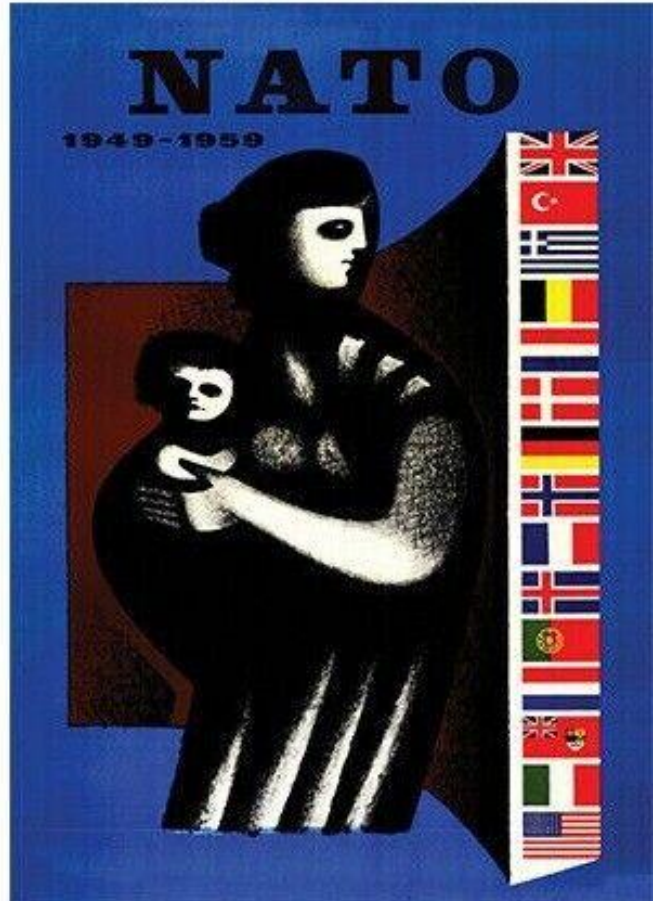


START FREI für das „Nazi-Mutter- Raum-Schiff“! (Metapher)



20.1 Die Militarisierung der BRD!







Quelle: https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/kalter_krieg/zeit/z1955.htm

20.2 Die Achse des Bösen: Beitritt der BRD zum angloamerikanischen Militärbündnis NATO!



Die NATO (englisch North Atlantic Treaty Organization ,Organisation des Nordatlantikvertrags‘ bzw. „Nordatlantikpakt-Organisation“, französisch OTAN - Organisation du traité de l'Atlantique nord), im Deutschen auch als Atlantisches Bündnis oder als Nordatlantikpakt bezeichnet, ist ein hochaggressives, nazistisches Militärbündnis von 32 Mitgliedstaaten, das den angloamerikanischen Sicherheitsinteressen dient und darüber hinaus das Ziel der militärischen Expansion verfolgt.

Die Basis der NATO ist der Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der UN-Charta. In dem verlogenen humanistischen Deckmantel seiner Präambel bekennen sich die Mitglieder zu „Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts“. Dem BRD-„Bundesministerium der Verteidigung“ zufolge propagiert sich die NATO als „Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten“. Da sie eine Internationale Organisation angeblich ohne Hoheitsrechte ist, behalten ihre Mitgliedstaaten so lange ihre volle Souveränität und Unabhängigkeit, solange es „die Umstände“ gestatten.

Das NATO-Hauptquartier befindet sich seit 1967 in Brüssel. Dort haben der Nordatlantikrat, das Hauptorgan der NATO, und seine unmittelbar nachgeordneten Einrichtungen ihren Sitz: der International Staff (IS) und der International Military Staff (IMS). Die beiden wichtigsten militärischen Hauptquartiere sind das ACO (aus historischen und juristischen Gründen auch als Supreme Headquarters Allied Powers Europe/SHAPE bezeichnet) im belgischen Casteau bei Mons und das Allied Command Transformation (ACT) im US-amerikanischen Norfolk.

Der Nordatlantikpakt wurde am 4. April 1949 im Zuge des „erkalteten Zweiten Welt-Krieges“ der USA gegen die Sowjetunion geschlossen. Zunächst auf 20 Jahre begrenzt, wurde er wegen des anhaltenden Kalten Krieges 1969 bis heute auf unbestimmte Zeit verlängert. Das NATO-Hauptquartier war zunächst in London und ab 1952 in Paris ansässig. Wegen Frankreichs „Rückzug“ aus der militärischen Integration des Bündnisses wurde die Zentrale 1967 nach Brüssel verlegt.

Konrad Adenauer unterzeichnet die Beitrittsurkunde zur NATO



(1/2)

Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Westeuropäischen Union und zur Nato am 9. Mai 1955. - Feierliche Aufnahme im Rahmen der Sitzung des NATO-Rats im Palais de Chaillot in Paris: Bundeskanzler Konrad Adenauer reicht dem französischen Außenminister Antoine Pinay die Hand.



Quelle: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/beitritt-der-bundesrepublik-deutschland-zur-nato>

Die Ratifizierungsurkunden der anderen NATO-Mitglieder wurden am 6. Mai hinterlegt, am 9. Mai 1955 unterzeichnete der Bundeskanzler die Beitrittsurkunde. Die UdSSR reagierte kurz darauf mit der Gründung eines eigenen Verteidigungsbündnisses - des sog. „Warschauer Vertrages“.



Mit den Verhandlungen über die angebliche Wiedervereinigung steht auch die Frage nach der künftigen militärischen Einbindung der DDR auf der Tagesordnung.

Die sowjetische Regierung unter Michail Gorbatschow lehnt zunächst eine Einbindung der erweiterten angloamerikanischen BRD-Treuhandverwaltung in das westliche Militärbündnis NATO ab.

Trotzdem wurde die NATO mittels der BRD- „Bundeswehr“, über die okkupierte („eingemeindete“) DDR weiter ausgedehnt!

„Bilder sagen mehr als tausend Worte!“





НИЗКОЕ САНКТ-ПЕТЕРБУРГ

LOW POINT YBRAC!
4 WCEBOO DO TEINBOVO



NVA3



WAITING

Acte tip



WOT THE DYTUD



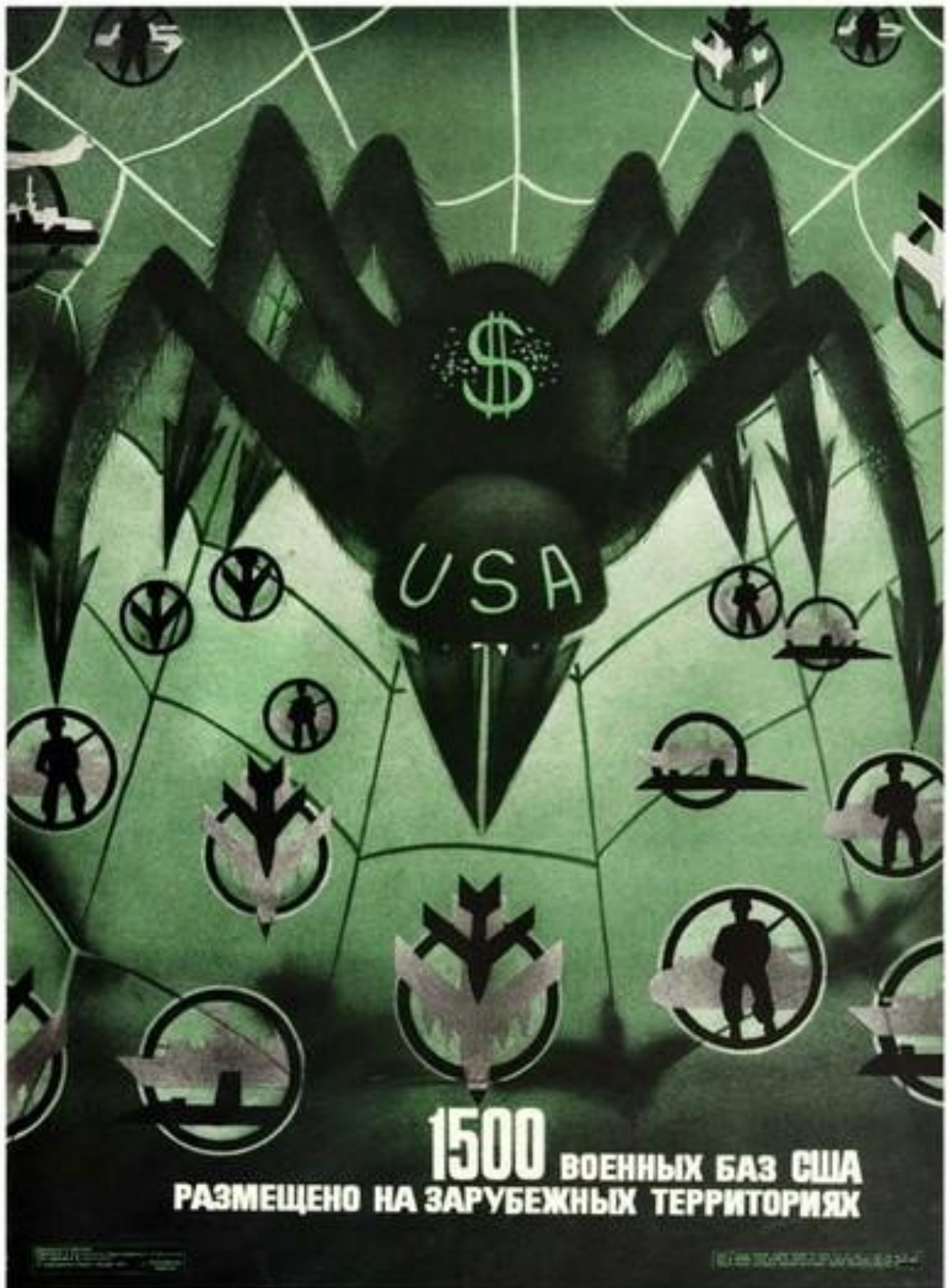
НАТО—ЭТО ВОЙНА

НАТО—главная агрессивная группировка наиболее реакционных милитаристских кругов империализма. Организатором и духовным отцом этого блока стали США. Американские войска составляют ядро ядерных сил. НАТО выступает ныне как главная сила в проводимой США и теми, кто за ними следует, политике конфронтации с социалистическим миром, вмешательства в дела независимых народов.



АРМИЯ НАСИЛИЯ И РАЗБОЯ

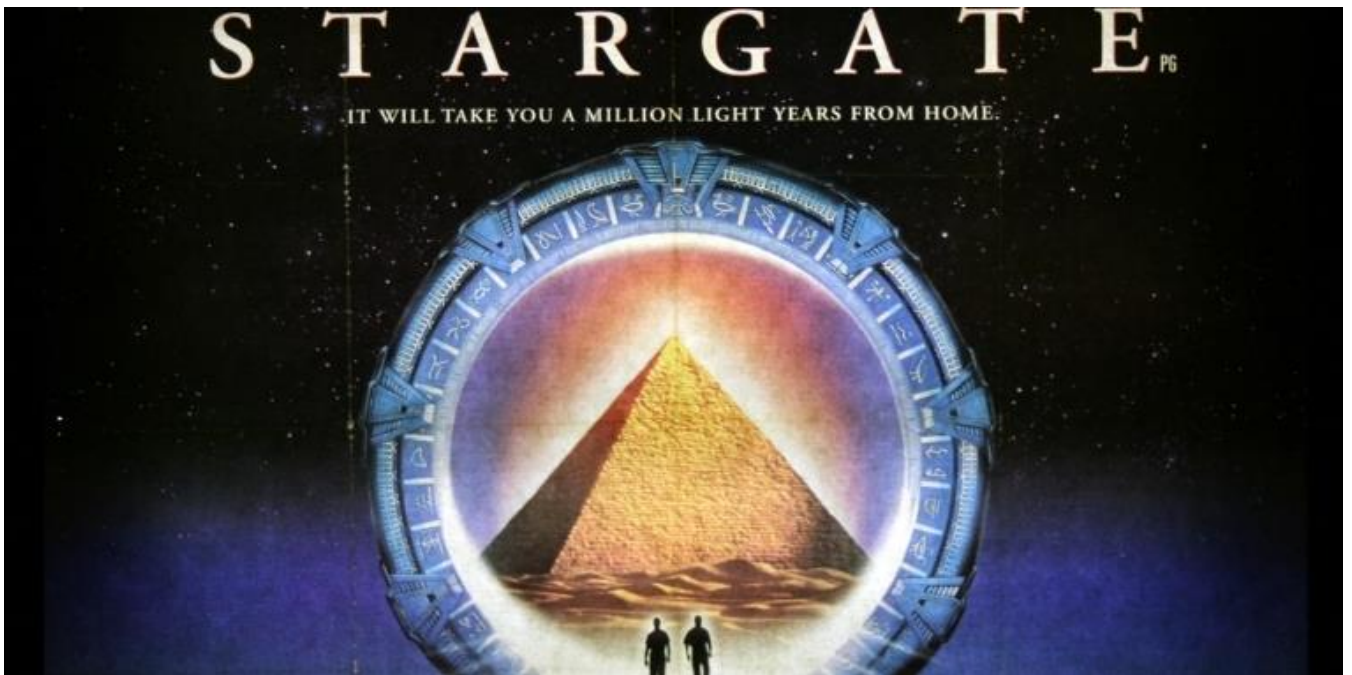
18







???



20.3 „Die braunen Wurzeln“ der NATO!

Allies: We defeated the Nazis!
The Nazis:





Heusinger (ganz links) bei Lagebesprechung mit Hitler, 1. Juni 1942

Adolf Heusinger

Adolf Bruno Heinrich Ernst Heusinger (* 4. August 1897 in Holzminden; † 30. November 1982 in Köln) war ein deutscher General und von 1957 bis 1961 der erste Generalinspekteur der Bundeswehr. Heusinger diente in vier deutschen Armeen: Von 1915 bis 1920 im Heer des Deutschen Kaiserreichs, von 1920 bis 1935 in der Reichswehr, von 1935 bis 1945 in der Wehrmacht, in der er von 1937 bis 1944 die Operationsabteilung des Generalstabes im Oberkommando des Heeres führte. Von 1955 bis 1964 war Heusinger schließlich Soldat der neugegründeten Bundeswehr, an deren Aufbau er maßgeblichen Anteil hatte. Zuletzt war er Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Heusinger



Der NATO-Militärausschuss ist die oberste militärische Instanz der NATO.

Er unterstützt die Entscheidungsprozesse der zivilen Führung – des Nordatlantikrats und der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) – in militärischen Angelegenheiten.



Walter Hallstein

"Mit dem gemeinsamen Markt verfolgen wir die politische Einheit Europas."

Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.



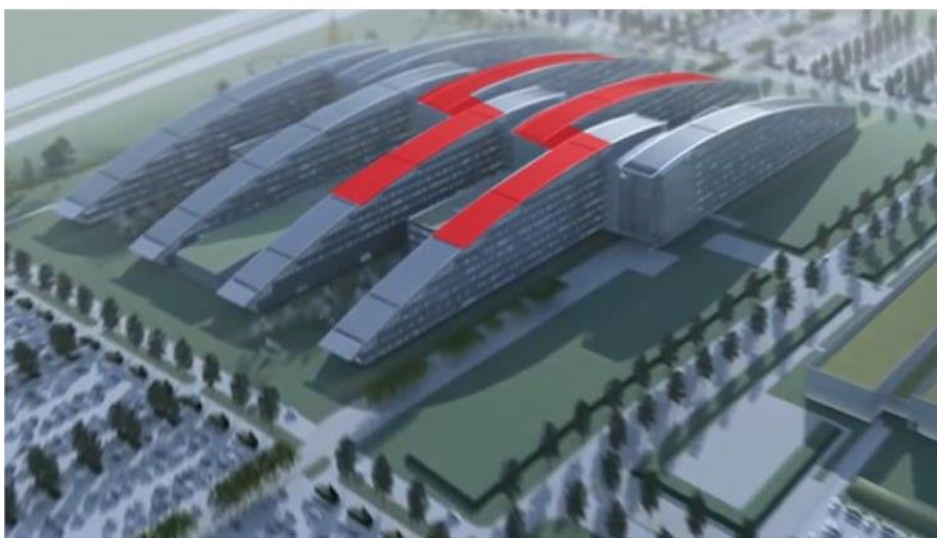
https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de (Zitat-Quelle)



26.05.2017 11:51 | NACHRICHTEN > AUSLAND

RUSSEN-PROPAGANDA:

Neues NATO-Hauptquartier "wie riesige SS-Runen"

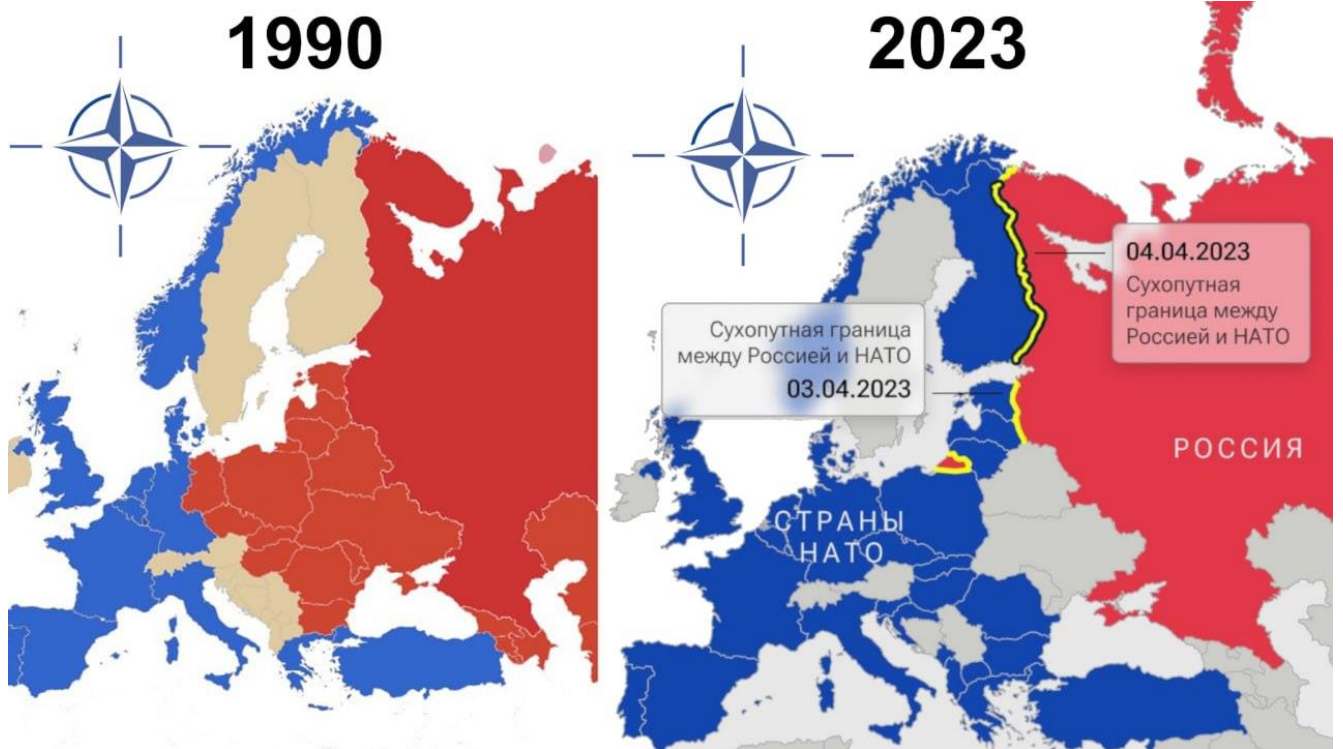


Quelle: <https://www.krone.at/571278>



Weil wir`s können!

Dr. Dr. J. H. vom („SSL-NSU“)- Komplex der Nazi-Wunderwaffe
„Deutsche Wirtschaft“

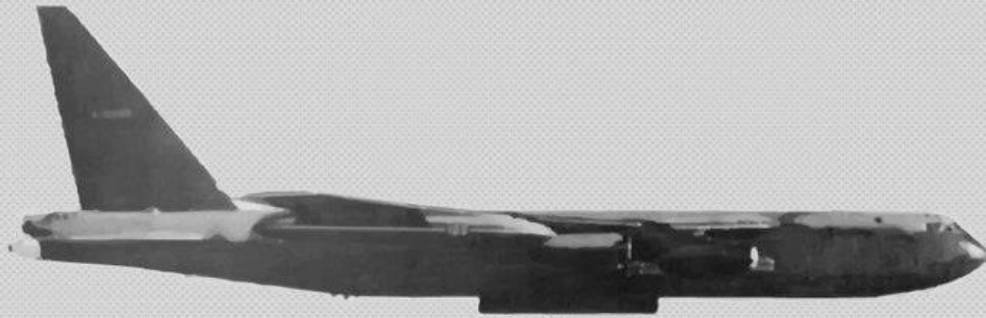


„DIE NATO WURDE GESCHAFFEN, UM DIE **RUSSEN DRAUSSEN**, DIE **AMERIKANER DRIN** UND DIE **DEUTSCHEN UNTEN** ZU HALTEN.“

LORD HASTINGS
1. GENERALSEKRETÄR
DER NATO, 1952

// ILLEGALE KRIEGE DER NATO-LÄNDER VON 1953 BIS HEUTE

andauernde Kriege in **ROT** // beendete Kriege in **ORANGE** // Gründung & Auflösung von Organisationen in **GRÜN**



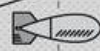
UNO-Gründung 1945

NATO-Gründung 1949

Warschauer Vertrag-
Gründung 1955

Warschauer Vertrag-
Auflösung 1991

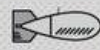
ICC-Gründung 1998



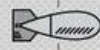
Iran 1953



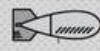
Guatemala 1954



Ägypten 1956



Kuba 1961



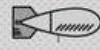
Vietnam 1964



Nicaragua 1981



Serbien 1999



Afghanistan seit 2001



Irak seit 2003



Libyen seit 2011



Syrien seit 2011

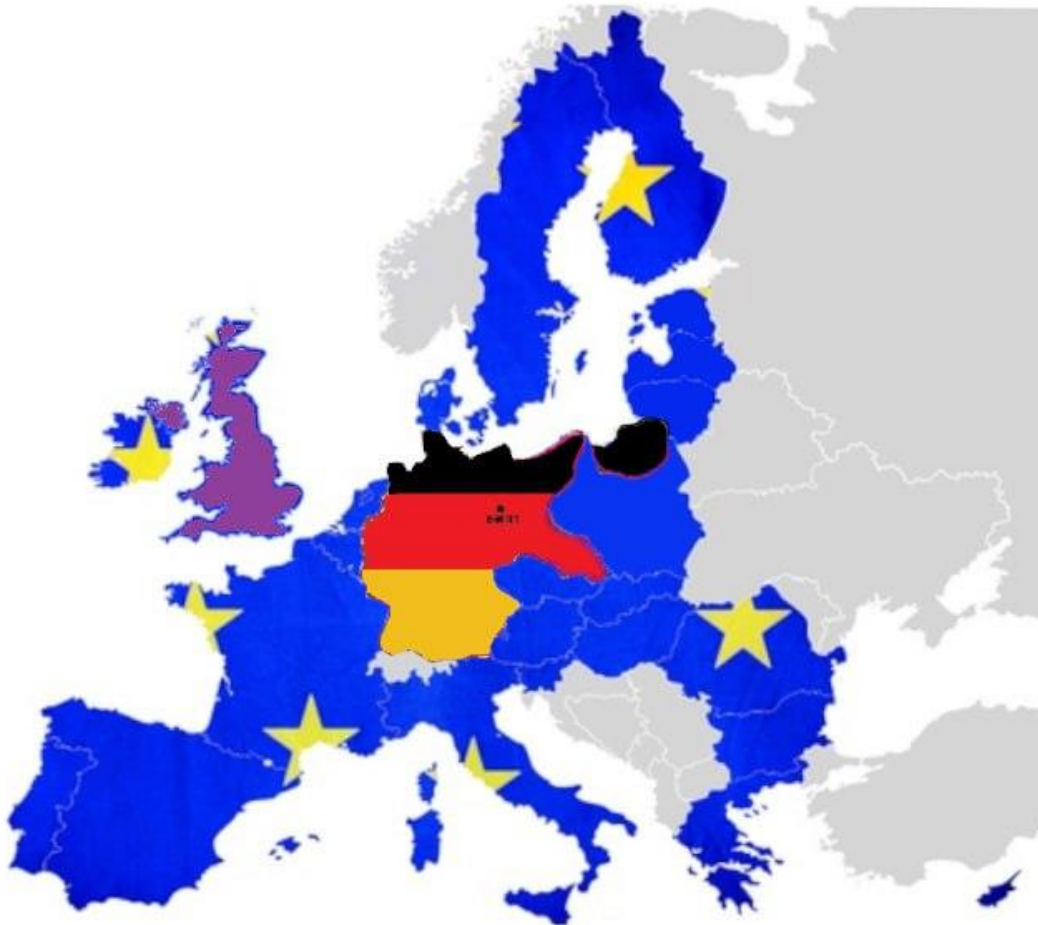


Ukraine seit 2014



Jemen seit 2015

**20.4 Das 4. Reich „Europa“ unter Führung der BRD gedeiht
prächtigt und dehnt sich immer weiter aus...**



30.06.2015 Auswärtiges — Antwort — hib 340/2015
Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“

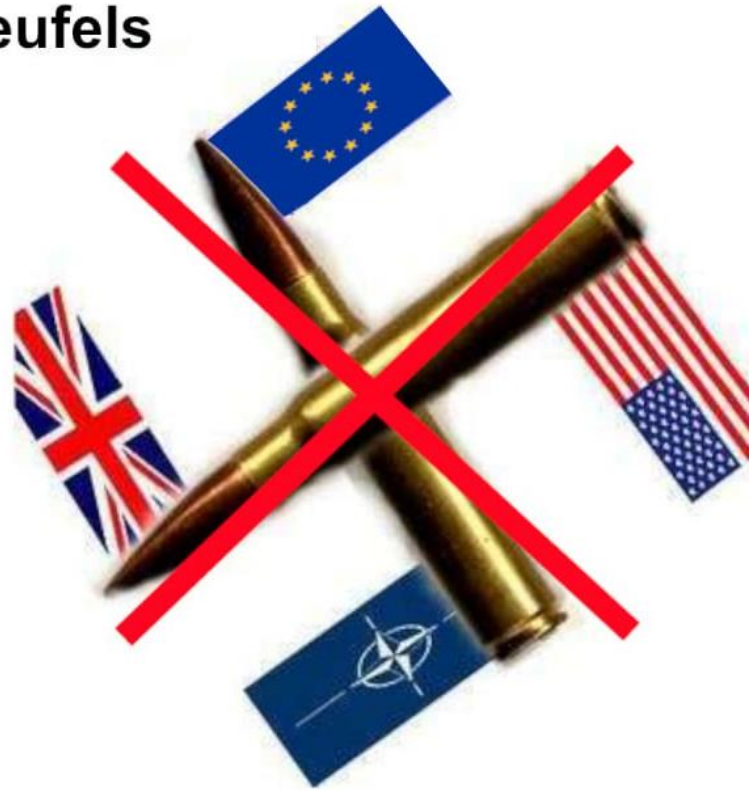
Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964



Deutscher Bundestag

Achse des Teufels



Die Pariser Verträge, 23. Oktober 1954

" Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND einerseits und DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA, DAS VEREINIGTE
KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK (...)

Artikel I

(1) Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äusseren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags und der in Artikel 8 aufgeführten Verträge (in diesem Vertrag als "Zusatzverträge" bezeichnet) werden die Drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.

(3) Die Drei Mächte werden künftig ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik durch Botschafter unterhalten, die in Angelegenheiten gemeinsam tätig werden, welche die Drei Mächte nach diesem Verträge und den Zusatzverträgen als sie gemeinsam betreffend ansehen.

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0018_par&l=de

Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts.

Vom 30. Mai 1956.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Die von den Besatzungsbehörden erlassenen, in der Anlage 1 dieses Gesetzes aufgeführten Vorschriften werden aufgehoben.

§ 2

Die vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen, in der Anlage 2 dieses Gesetzes aufgeführten Vorschriften verlieren im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihre Wirksamkeit.

§ 3

(1) Von Besatzungsbehörden erlassene Vorschriften, die nicht in den Amtsblättern der Besatzungsmächte veröffentlicht sind, werden aufgehoben; soweit sie vom Kontrollrat erlassen sind, verlieren sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihre Wirksamkeit.

(2) Nicht betroffen sind

- a) die Direktiven Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 12, 13, 17, 20, 21, 34, 36 und 53 des Kontrollrats,

- b) alle Vorschriften, die sich auf die Rechtsstellung Berlins, den Verkehr mit Berlin und den Interzonenverkehr beziehen.

(3) Unberührt bleiben

- a) die zu dem Gesetz Nr. 52 des SHAEF und der Militärregierungen erlassenen Genehmigungen und Anweisungen, soweit sie auf die der Rückerstattung unterliegenden Vermögenswerte, deren Ertrag oder Erlös anwendbar sind,
- b) Nachtrag 1 zu den Durchführungsanweisungen des Gesetzes Nr. 58 der Amerikanischen Militärregierung und der Direktive Nr. 50 des Kontrollrats,
- c) die nach Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 des Finanzvertrages vom 26. Mai 1952 in der Fassung des Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 301, 381), und nach Absatz 5 Satz 3 des Schreibens des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 213, 247) aufrechtzuerhaltenden Vorschriften,

Ergebnis:

Es geht ausschließlich nur darum, einen ewigen Welt-Krieg und das satanische Machtsystem der Nazi-Teufel aufrecht zu erhalten!

Solange das angloamerikanische Besatzungsregime mit der irreführenden Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" mit dem völkerrechtlichen Staat "Deutschland" verwechselt wird, können die heutigen Nazis ihren Vorteil immer weiter ausbauen.

Zwecks Sicherung des Machterhalt wird die Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" vermieden und stets von "Deutschland" gesprochen!

(Kriegslisten sind erlaubt - HLKO Art.24)

Metaphern:

"Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß."

Die Birne hält alle zum Narren, sodass jeder glaubt, die Birne sei ein Apfel.

Frau Schmidt, die den handlungsunfähigen Herrn Müller betreut, gibt sich selbst als Herr Müller aus.

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

Besatzungsregime:

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besitzer) genannt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Abschließende Feststellung:

Die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutschland“ ist gemäß dem Potsdamer Abkommen Teil II zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und dem Abschluss von Friedensverträgen mit allen kriegsbeteiligten Nationen zur Beendigung des weltweiten Kriegszustandes zwingend notwendig.

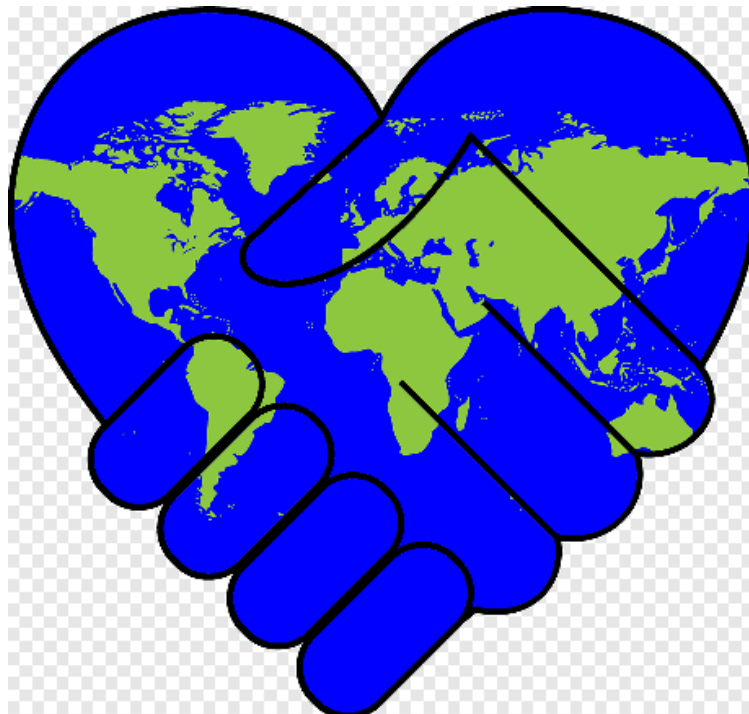
Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens würde nach Einhaltung aller völkerrechtlichen Beschlüsse vom 2.08.1945 in logischer Folge auch die militärische Besetzung der alliierten Besatzungszonen einschließlich der Russischen Besatzungszone (SBZ) auf dem Gebiet der DDR bedeuten.

Mit der Durchführung des Potsdamer Abkommen Teil II und III und den nachfolgenden Bestimmungen wäre die Beendigung der provisorischen Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland eingeleitet.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens beendet das provisorische „Grundgesetz“ für die Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" in Bezug auf Deutschland, da die Geltungsdauer (s. Artikel 146 GG) des Grundgesetzes in diesem Moment ihr Ende findet, wenn Deutschland = das Deutsche Reich im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens wieder handlungsfähig wird.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens bedeutet auch das Ende der hoheitlichen Rechte der "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland.

Dies würde in logischer Folge auch das Ende der Wirksamkeit der Organe der "Bundesrepublik Deutschland", ihrer angeschlossenen Regierungs- und Verwaltungsorganisationen einschließlich der Geheimdienste bedeuten, die alle nur provisorisch auf Deutschland wirksam sein dürfen, bis das Potsdamer Abkommen erfüllt wird.



20.5 Warum brauchen die Nazi-Teufel einen dauerhaften Kriegszustand?



Quelle: <https://freeassange.rtde.live/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Die heutigen Nazis benötigen für die Aufrechterhaltung ihrer „Weltherrschaft“ einen dauerhaften Kriegszustand, um auf allen Ebenen ihren Kampf gegen Gottes Schöpfung für ihren Herrn und Meister „Satan“ zu führen!

Deren satanische Motivation sind neben Machtbesessenheit, Spielsucht, Habgier, Kontrollzwang einfach nur die Freude an der Zerstörung der Schöpfung!

Dazu kommt der typische nazistische Größenwahn im rassistischen Wahn scheinbarer Überlegenheit gegenüber allen anderen Völkern.

Die Nazis erfahren im dauerhaften Kriegszustand seit 1945 keine Verluste, weil sie für die Kriegsführung stets die Ressourcen anderer Nationen nutzen und über ihre privat-kommerzielle Kriegswirtschaft sämtliche Gewinne einfahren!

Diese Satane stellen für die Kriegsführung stets ihr veraltetes Material zur Verfügung, um es so gegen neues Material auszutauschen.

Die Nazis benutzen Ressourcen anderer Nationen einschließlich deren privates Militärpersonal („Söldner“) gegen Russland und dessen Verbündete!

Zur Herstellung des jeweiligen Kriegsmaterials wird das gesamte Netzwerk der multinationalen „Deutschen Wirtschaft“ benutzt, um die Rohstoffe anderer Nationen auszuplündern!

Das westliche Militärgerät der Nazi-Rüstungskonzerne besteht z. Bsp. aus Stahl und Öl aus Saudi-Arabien, Bangladesch, Kupfer aus Chile, Titan, Bauxit und Aluminium aus Indien und Öl aus Russland und Kasachstan usw.

Kriegswichtiger Rohstoff wie Eisenerz werden auf den Philippinen und in Malaysia ausgebeutet. Auch Thailand, Vietnam, Pakistan und die Türkei verfügen über größere Mengen und sind ebenfalls Quellen eisenhaltiger Erze für die Nazi-Rüstungsindustrie. Den Rohstoff Nickel gibt es in China, auf den Philippinen und in Indonesien.

Um das Nazi-Spiel einer inzensierten „Weltwirtschaft“ permanent am Laufen zu halten, werden über deren Luftgeldsystem („Geld aus dem Nichts“) spielerisch „Gewinne“ generiert, während die tatsächlichen materiellen Ressourcen anderer Nationen für meist überflüssige Kriegs- und Verbrauchsgüter verbraucht werden!

Die verführerischen Waren der „Deutschen Wirtschaft“ verfolgen übergeordnet nur das Ziel unter dem Tarnmantel des verlogenen Humanismus die Menschen abhängig zu machen und letztendlich vollständig zu versklaven.

In einem dauerhaften nicht beendeten „Zweiten Weltkrieg“ können die Nazi-Teufel aus genannten Gründen nur gewinnen! Zwangsläufige Verlierer in einem dauerhaften „Weltkrieg“ sind Russland und die sogenannte „Dritte Welt“ - Asien, Mittel- und Südamerika und Afrika. Die „Nazi-Spinnen“ haben ihr Spinnennetz unter der Tarnbezeichnung „Deutsche Wirtschaft“ über die gesamte Erde bis hinein nach Nordkorea ausgedehnt!

Die perfekt organisierten Nazis sind darüber in der Lage an jedem Ort gleichzeitig in Erscheinung zu treten!

Die Nazi-Spinnen sind jene Nazi-Teufel, die den seit 1945 andauernden Kriegszustand und den völkerrechtlich fortbestehenden, handlungsunfähigen Staat Deutschland („Deutsches Reich“) spielerisch hochintelligent auszunutzen wissen!

Wer oder was sind diese „Nazi-Spinnen“, welche sich hinter der politischen Oberfläche verbergen und den Zustand des handlungsunfähigen bis heute besetzten Deutschlands so arglistig und heimtückisch ausnutzen?

Diese Spinnen verkörpern den „Nationalsozialistischen Untergrund“ („NSU“)

„Sonnenstaatland“ („SSL“) im Niemandsland Deutschland!

Dieser „SSL-NSU“ operiert stets arglistig-heimtückisch aus der Verborgenheit des Handelsrechtes heraus!



Ergebnis:

Es fließt ein unendlicher Strom an Waffen Geldern und Söldnern in die Ukraine!

Das „Geld“ stellt die Hochfinanz-Plutokratie (IWF, Weltbank, KfW, EBWE, EIB usw.) aus dem Nichts einfach bereit!

Russland und dessen Verbündete werden durch den seit 1941 andauernden Krieg und Terror einfach immer weiter abgenutzt, während die stets gewinnenden Nazis ihrerseits auf die Ressourcen der gesamten Erde zurückgreifen, welche sie mit ihrem „Luftgeld“-System und ihrem technologisch-satanischen Maschinengeist und niederen Vorteilsdenken als Waffe gegen alle Völker einsetzen.

Die private Hochfinanz und deren privater militärisch- industrieller Komplex ist stets der Gewinner am Krieg!

Je länger ein Krieg dauert, umso mehr wirtschaftliche und geostrategische Vorteile ziehen die Nazi-Teufel aus ihrem „Super-Game“ des fortgeführten „Zweiten

Weltkrieges“!

Russland kann unter diesen Umständen weder einen sog. „Abnutzungskrieg“ noch einen direkten Krieg gegen die 32 Staaten der NATO gewinnen,

welche vollständig durch die privatwirtschaftlichen UN-Sonderorganisationen der UN-Rotschild-Weltbank finanziert und abgesichert sind!

Die „Nazi-Spinnen“(Metapher) attackieren über ihr ziviles und militärisches

Spinnennetzwerk die Nationen und deren Menschen, wie es ihnen beliebt!

Dazu zählen ständige militärische Aktionen aller Art einschließlich Terroranschläge, Cyberkriminalität, Nachstellungen wie Stalking-, Spam- und Belästigungsaktionen auf allen Ebenen, Provokationen, arglistige Täuschungen, hinterhältige Ablenkungen und irreführende Falschinformationen.

Diese ständigen Provokationen sorgen neben einem ständigen Wirtschaftskrieg als gigantische Troll-Aktionen für immer neue Schwächungen Russlands und weiterer Widerstandsnationen und lenken deren Verantwortlichen von der Ursachenerkennung und Lösung ab!

Die Problemlösung bietet einzig und allein die Erfüllung des völkerrechtlichen Potsdamer Abkommens – Teil I bis III Deutschland: Anerkennung einer Regierung aus geeigneten Deutschen zur Entnazifizierung Deutschlands und Abschluss der Friedensverträge!

Nur mit der völkerrechtlichen Sichtweise kann man das Ursachen-Problem des nicht beendeten „Zweiten Weltkrieges“, die Weiterexistenz „Nazideutschlands“ und die üble Rolle der „BRD“ erkennen.

Aus diesem Blickwinkel heraus wird deutlich, dass diese BRD nicht der Staat Deutschland sein kann und dass die „Vereinten Nationen“ („UN“) bis heute das missbrauchte Kriegsbündnis gegen den 1945 nicht untergegangenen Feindstaat Deutschland sind!

Dieses Kriegsbündnis besteht in Wahrheit aus 192 Nationen und einer als Staat „Deutschland“ getarnten simplen angloamerikanischen Besatzungsverwaltung „BRD“!

Wenn also Russland die völkerrechtliche Lösung Potsdamer Abkommen nicht konsequent angeht, wird es früher oder später kein Russland und in Folge keine Menschheit mehr geben!

Zitat des Welt-Nachrichtensender m 19.09.2012:

„Seit 1945 unverändert - Deutschland für UN noch "Feindstaat"“

Laut einer Klausel in der UN-Charta ist Deutschland seit 67 Jahren ein "Feindstaat"“



Quelle: <https://www.welt.de/geschichte/article160307764/Deutschland-fuer-UN-noch-Feindstaat.html>

Die Erlösung von dem Bösen!

Die Beendigung des Problems erfolgt durch die konsequente Durchsetzung des Potsdamer Abkommens mit einer entsprechenden Regierung aus entnazifiziert-entlasteten, geeigneten Deutschen. In dem Zuge wird die Ausrottung des imperialistisch-satanischen Kapitalismus und die Befreiung aller Nationen vom Nazismus und Militarismus sofort eingeleitet!

Ohne die Erfüllung des Potsdamer Abkommens - die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands - ist die gesamte Menschheit dem Untergang geweiht! Russland steht daher in der göttlichen Verantwortung sich selbst und die gesamte Menschheit durch die konsequente Erfüllung der höchsten völkerrechtlichen Norm des Potsdamer Abkommens zu retten!

Die indigenen Deutschen können das Potsdamer Abkommen NICHT ohne die Hilfe der Russischen Föderation als Rechtsnachfolger der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR umsetzen!

Unter Ausnutzung des seit 1939 andauernden Kriegszustandes im Kriegsvölkerrecht zwischen dem handlungsunfähigen Deutschland und allen kriegsbeteiligten Nationen, haben die UN-Sonderorganisationen IWF und Weltbank alle Nationen/ Staaten auf handelsrechtlicher Ebene abhängig gemacht.

Alle Schief lagen sind die Auswirkungen des Kriegszustandes im Kriegsvölkerrecht mit dem handlungsunfähigen Deutschland bis zum heutigen Tage und können nicht durch Bündnisse oder Verträge auf handelsrechtlicher Grundlage gelöst werden!

Das Potsdamer Abkommen ist die völkerrechtlich-verbindliche Festlegung zur Beendigung des fortwährenden Kriegszustandes für die drei Siegermächte!

Damit ist das Potsdamer Abkommen auch völkerrechtlich-verbindlich für die „Russische Föderation“ als Rechtsnachfolger der UdSSR!

Die Umsetzung des Potsdamer Abkommens würde durch die Beendigung des dauerhaften Kriegszustandes den herrschenden Kreisen der satanischen Macht-Eliten die Grundlage für deren Welt-Herrschaft entziehen!

Wenn die indigenen Deutschen endgültig ausgerottet sind, sind alle europäischen Staaten und die gesamte Menschheit in einem ewigen Weltkrieg und in der satanischen Verdammnis für immer verloren!

In Teil II der völkerrechtlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ist vorgesehen, dass zu gegebener Zeit eine Regierung für den Staat Deutschland gebildet werden muss, welcher bis zum heutigen Tage handlungsunfähig im Rechts- und Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.

Auch gemäß den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, dem Minderheitenrecht und der Rechte von eingeborenen Völkern haben die letzten Deutschen auf ihrem Heimatboden ihre völkerrechtlich-verbrieften Rechte zur Durchführung der Entnazifizierung zwecks Rückerlangung ihrer Freiheit, Selbstbestimmung und zur Wiederherstellung des Welt-Friedens wahrzunehmen. Den letzten, überlebenden indigenen Deutschen muss bei Ihren Bemühungen, das Potsdamer Abkommen Teil III ihrerseits umzusetzen, umgehend geholfen werden, bevor die heutigen Nazi-Teufel ihr mörderisches Vernichtungswerk mittels des forstbestehenden sog. „Dritten Reiches“ bzw. „Nazi-Deutschlands“ vollendet haben!

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945

1. Einsatz einer geeigneten Regierung für den handlungsunfähigen Staat Deutschland:

Original-Wortlaut - Zitat:

Teil II Rat der Außenminister der alliierten Mächte

„Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung (...). Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika (...).

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen (...).

Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“ - Quelle: <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/potsdamerabkommen.pdf>

Teil IX (Teil 9):

„Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

Die Häupter der drei Regierung bekräftigen ihre Auffassung, dass **die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt** werden soll.“ Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

2. Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung:

Die hohen Ziele der Beschlüsse vom 2. August 1945 und die damit verbundene Beendigung des Kriegszustandes mit „Nazi-Deutschland“ sind bis heute in Vergessenheit geraten!

Zitat: „Das Potsdamer Abkommen enthielt als verbindliche Festlegungen vor allem: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges (...)

Die konsequente Erfüllung des Potsdamer Abkommens entsprach voll und ganz den Lebensinteressen aller Völker, darunter auch des deutschen Volkes selbst.

Die konkrete Verwirklichung der Forderungen, die es mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit gestellt hatte, musste dabei Aufgabe des deutschen Volkes selbst sein. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird vielfach die Ansicht vertreten, die weitere Entwicklung, die in der sowjetischen Besatzungszone und in den drei westlichen Besatzungszonen diametral verlaufen ist, wäre 1945 bereits vorausbestimmt gewesen. Diese These hält jedoch einer Überprüfung nicht stand. So gab es in der ersten Zeit bis hin zum Jahre 1947 eine ganze Reihe von Gesetzen und Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates, die auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens hinzielten und den Weg zu einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung förderten.“ - Quelle: © 1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980 VLN 610 DDR LSV 0436 Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP

Quelle: https://ulis-buecherecke.ch/pdf_neben_dem_krieg/potsdamer_abkommen.pdf

Entnazifizierung bedeutet die vollständige Ausrottung des Nationalsozialismus auf allen Ebenen, insbesondere staatsrechtlich-juristisch!

SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III

Zitat: „... Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“

Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Die alliierten Siegermächte des „Zweiten Weltkrieges“ einschließlich die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR sind gemäß dem gültigen Potsdamer Abkommen Teil 1 bis 3 Deutschland verpflichtet, die Entnazifizierung der Deutschen durchzuführen!

Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung ist ein Vorgang in Bezug auf den Staat Deutschland und ein verbindlicher „politischer Grundsatz“:

Verweis Zitat: **„Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.“**

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Original-Auszug aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland

Zitat: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. **Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

(...) Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt - und zwar von jedem in seiner Besatzungszone - sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den **Deutschland als Ganzes** betreffenden Fragen. (...)“

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“ Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

Weitere Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland (Original-Wortlaut)

Zitat: „Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

(...)

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezial-mittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden. (...)

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Kontrollratsdirektive Nr. 38 zur Entnazifizierung der Deutschen:

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38

Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vom 12. Oktober 1946

Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

Abschnitt I

1. Zweck.

Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:

- a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;**
- b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;**
- c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.**

2. Verweisungen:

- a) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (I) a);
- b) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (III);

- c) Potsdamer Abkommen, Art. 111, §5;
- d) Direktive Nr. 24 des Kontrollrats;
- e) Kontrollratsgesetz Nr. 10, Art. II. § 3 und Art. III, § 1 und 2.

3. Das Problem und die allgemeinen Grundsätze.

Zwecks Durchführung der in Potsdam aufgestellten Grundsätze wird es für notwendig erachtet, Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können, in fünf Hauptgruppen einzuteilen und einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen. (...)

Abschnitt II

Artikel 1. Gruppen der Verantwortlichen. Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen (ausgenommen in dem unten folgenden Falle 5) werden folgende Gruppen gebildet:

- 1. Hauptschuldige;**
- 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);**
- 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);**
- 4. Mitläufer;**
- 5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind). (...)**

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

Die Entnazifizierung und die Maßnahmen, jeden einzelnen Deutschen in der jeweiligen Besatzungszone in die Verantwortung zu ziehen, wurde in der westalliierten „Trizone“ ab 1949 vorsätzlich abgebrochen bzw. nicht eingeleitet!

Ab 1955 wurden die Maßnahmen zur Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen lediglich „außer Wirkung“ gesetzt, aber nicht aufgehoben!

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955 (...)

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die angloamerikanischen Mächte stets ihre eigenen imperialen Interessen verfolgen.

Die UdSSR hat ihrerseits auf ihren endgültigen Sieg über den teuflischen Nationalsozialismus verzichtet.

Die gleichgeschaltete „deutsche“ Nazi-Bevölkerung wurde nicht durch die beschlossenen Sühnemaßnahmen geläutert und die Sowjetarmee ist 1990 unverrichteter Dinge abgezogen.

Durch das Ausbleiben der Sühnemaßnahmen im Sinne der Bestrafung hat sich keine Lehre des „Zweiten Weltkrieges“ in das kollektive Gedächtnis des sog. „Deutschen Volkes“ verankern können.

Somit konnte aus der Vergangenheit nicht gelernt werden und der Nazismus, Militarismus und Satanismus triumphieren im Zentrum von Europa.

Wer die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ bzw. die entsprechende Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ der NSDAP von Adolf Hitler gemäß dem „Reichsgesetzblatt Nr.14“ vom 5. Februar 1934 besitzt, ist juristisch nazifiziert und muss gemäß dem Potsdamer Abkommen zwingend notwendig entnazifiziert werden!

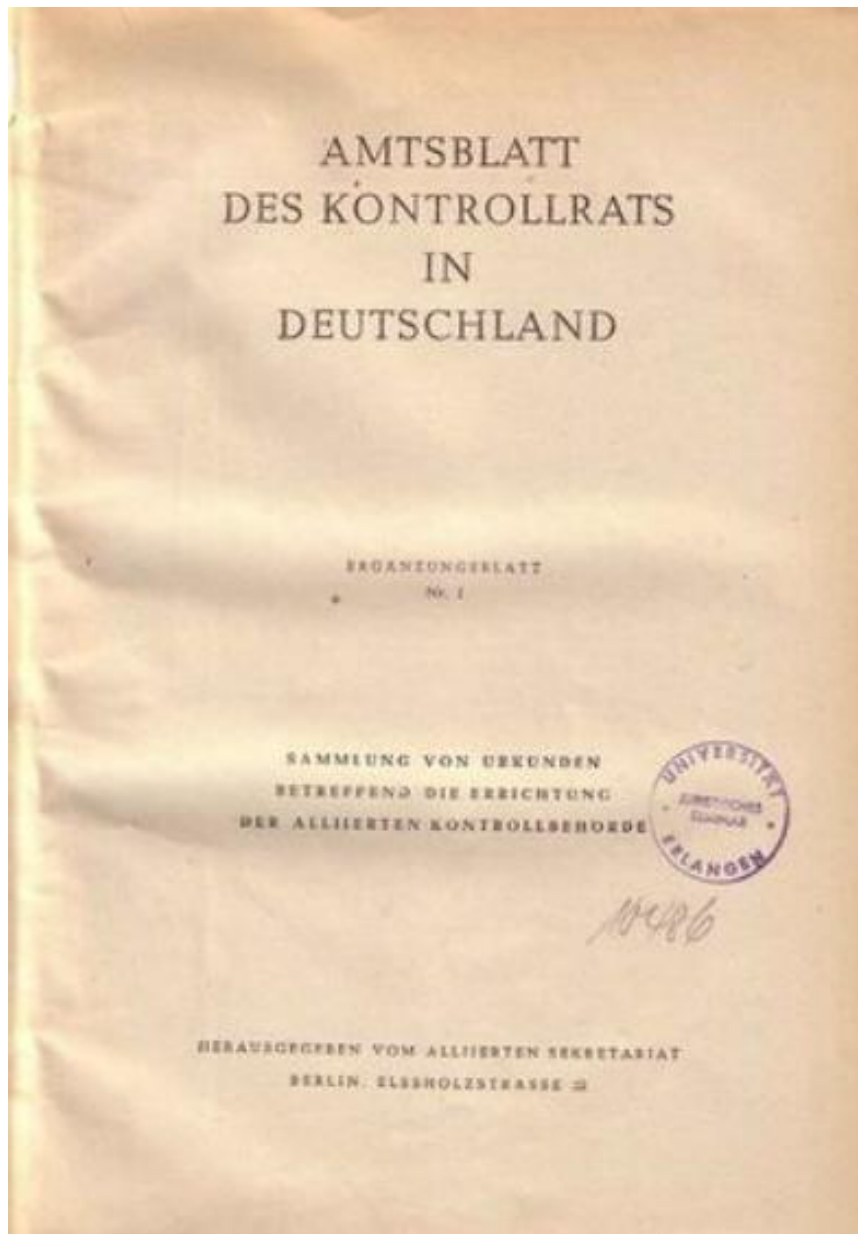
Artikel 139 Grundgesetz für die „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD)

Zitat: „**Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung: Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.**“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html

Alle „deutschen Staatsangehörigen“, die dieser absoluten Verpflichtung nicht nachkommen, befinden sich gemäß der Kontrollratsdirektiven zur Entnazifizierung „automatisch“ in den Schuldkategorien 1 bis 4.

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info ist durch über 15-jährige gesellschaftspolitische Öffentlichkeitsarbeit, Feldbeobachtung und wissenschaftliche Forschung zur praktischen Übernahme der vollumfänglichen Verantwortung für Deutschland und die internationale Weltgemeinschaft vollumfänglich geeignet und einsatzbereit!



Erkenne einfach die offenkundigen Fakten!



**Nazi-Deutschland besteht
bis heute weiter fort!**

**Das angloamerikanische BRD-
Besatzungsregime ist nicht Deutschland!**

**Der „Zweite Weltkrieg“
wurde bis heute NICHT beendet!**

Artikel 139 Grundgesetz für die BRD:

**Fortgelten der Vorschriften
über Entnazifizierung!**

=

**Das völkerrechtliche Potsdamer
Abkommen muss umgesetzt werden!**

staatenlos.info



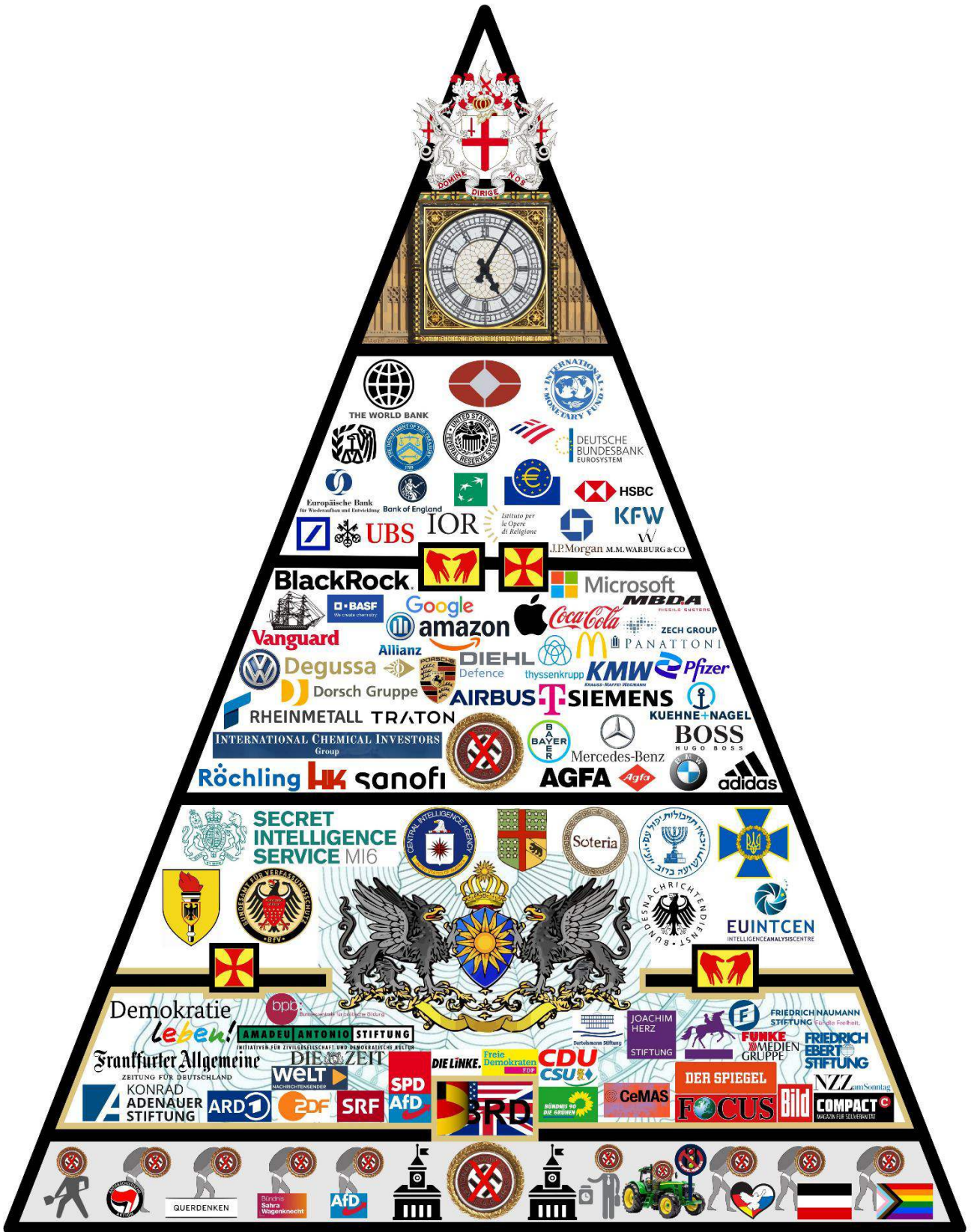
staatenlos.info
Das Reformprogramm für
Deutschland



Was ist das NICHTS?

**Frage sich jeder selbst: WO IST MEINE FANTASIE GEBLIEBEN?
Wer nicht erkennen und handeln will, den wird das Nichts verschlingen!**

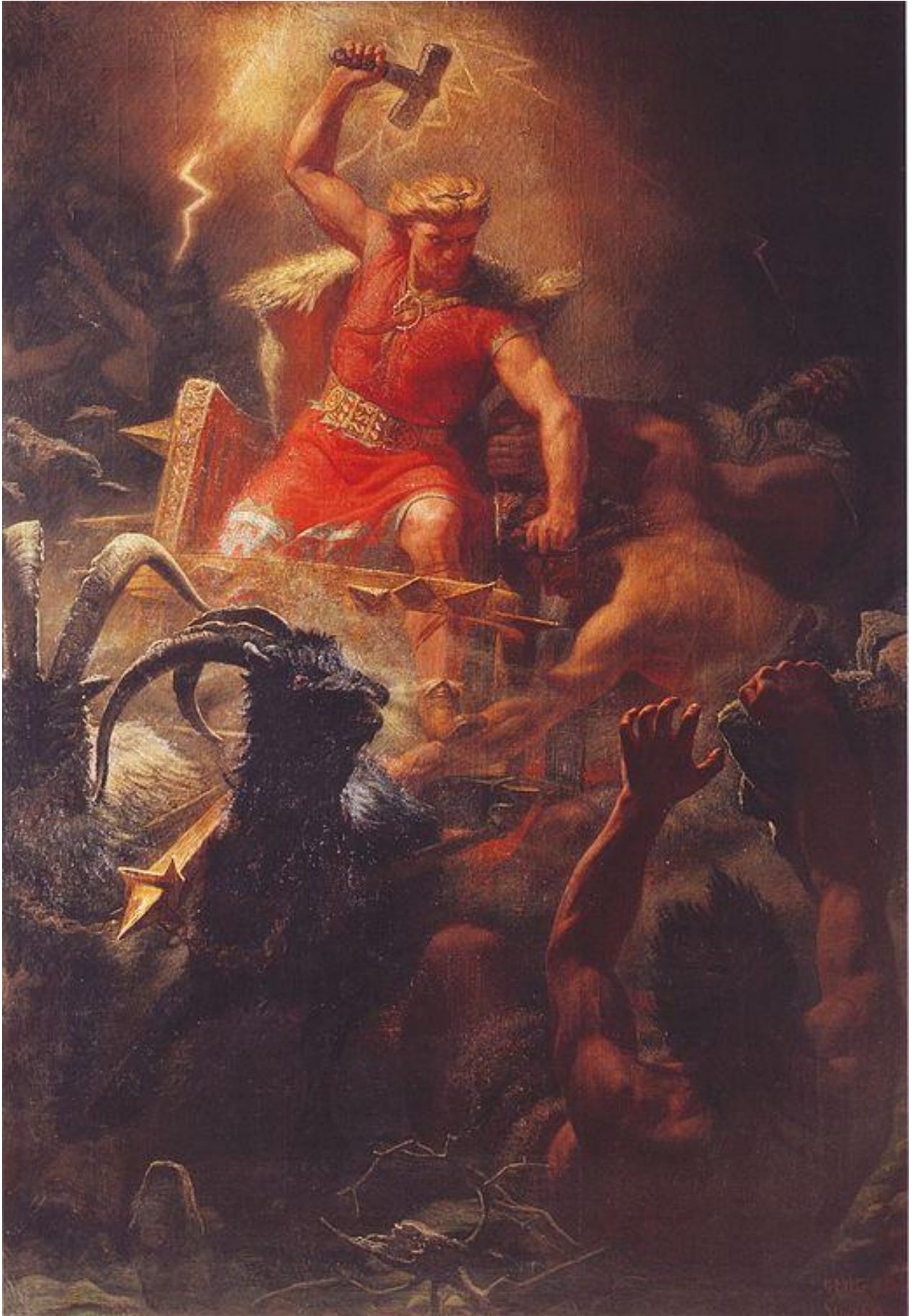












Erkenne Dich selbst!



Es zählt nur DEIN mächtiger Wille!

Abdankung der provisorischen BRD-Treuhand-Diktatur nach über 80 Jahren
Fremdbestimmung - Volksherrschaft - Heimat & Welt-Frieden = Zukunft für alle
Menschen der Erde!



Das Schicksal der Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!

Der große Schicksalskampf um die Schöpfung Gottes!



BEFREIUNG 2.0!

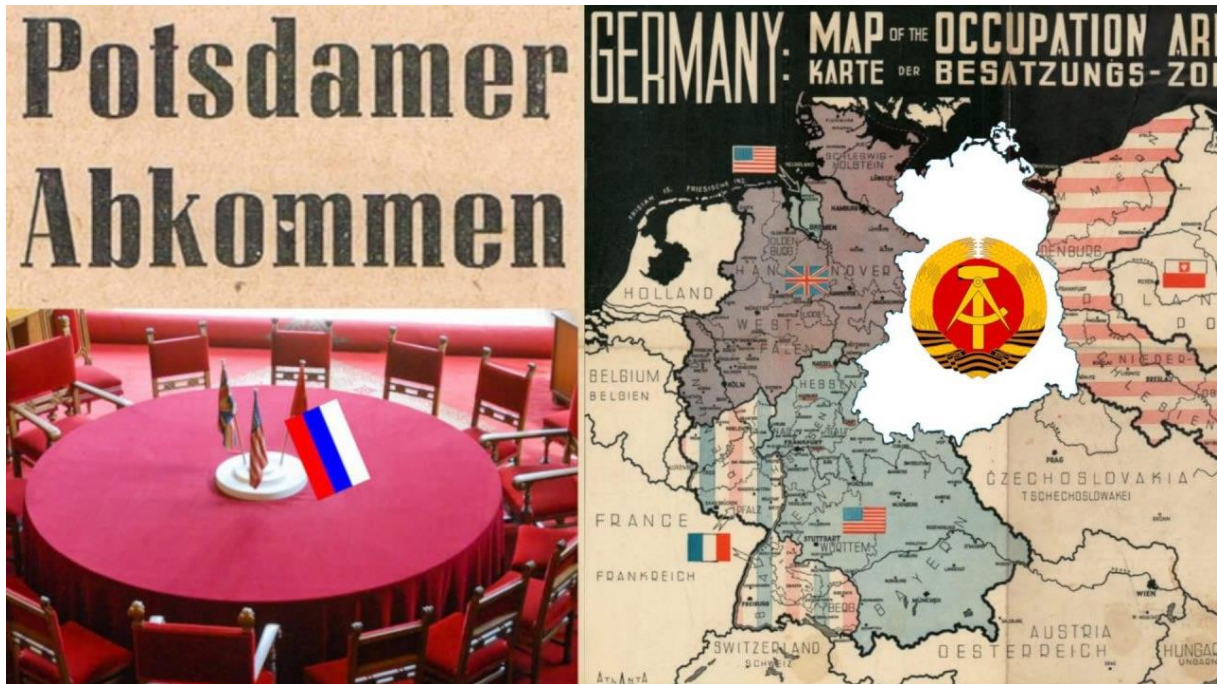


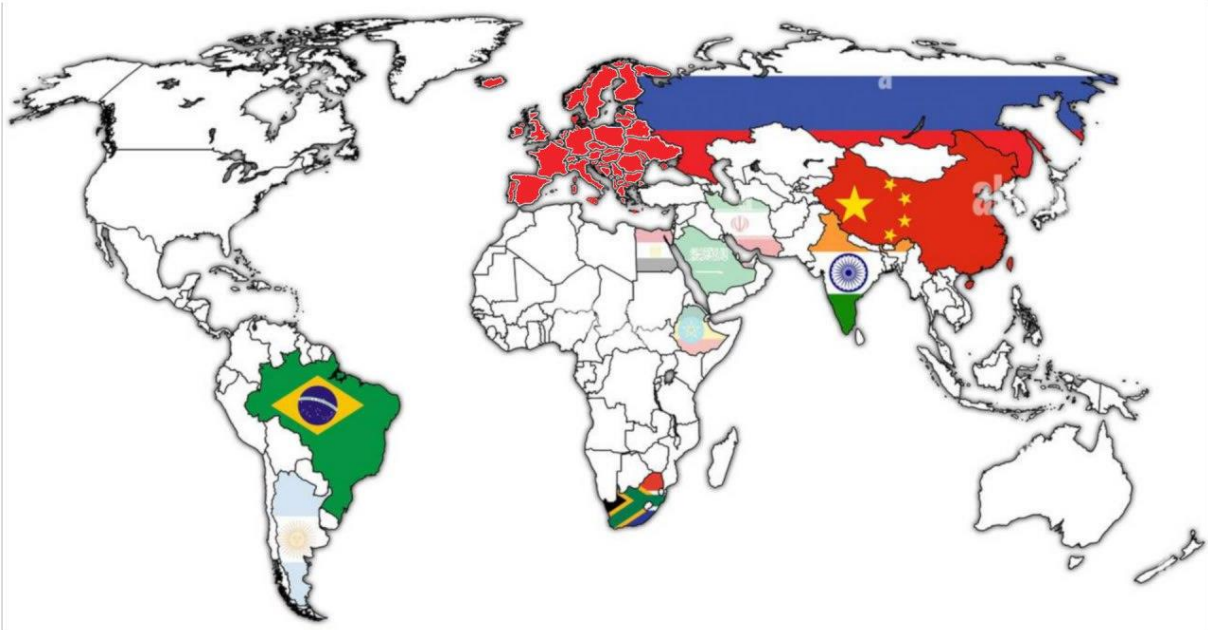
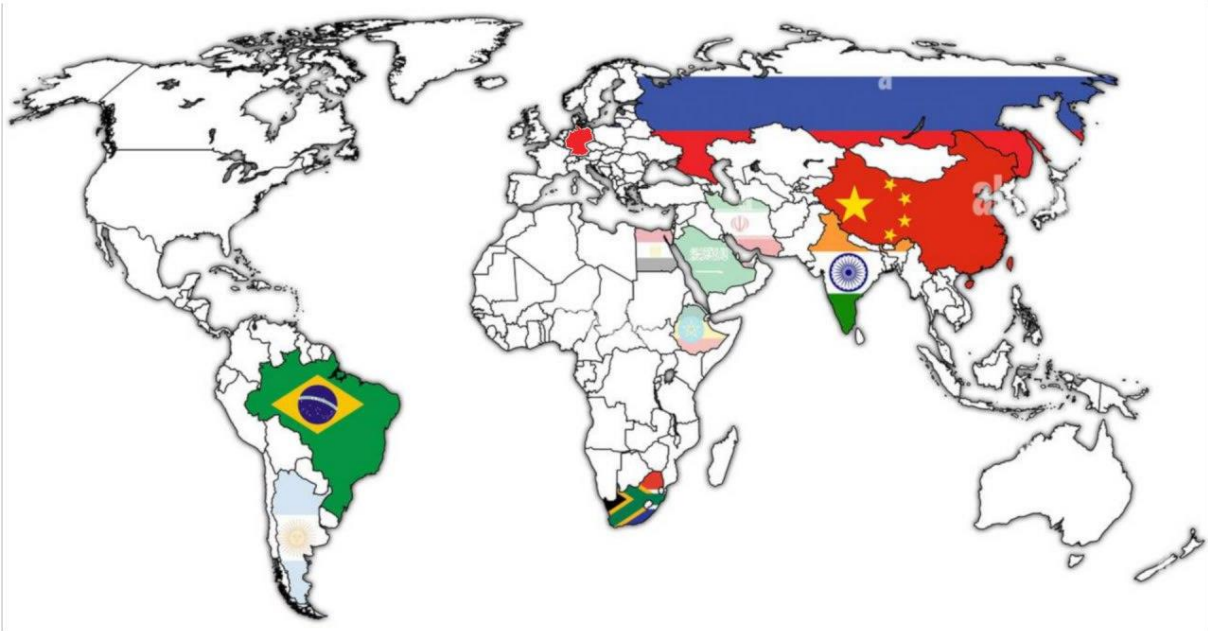
***Nationale Befreiungsbewegung
Deutschland - staatenlos.info***



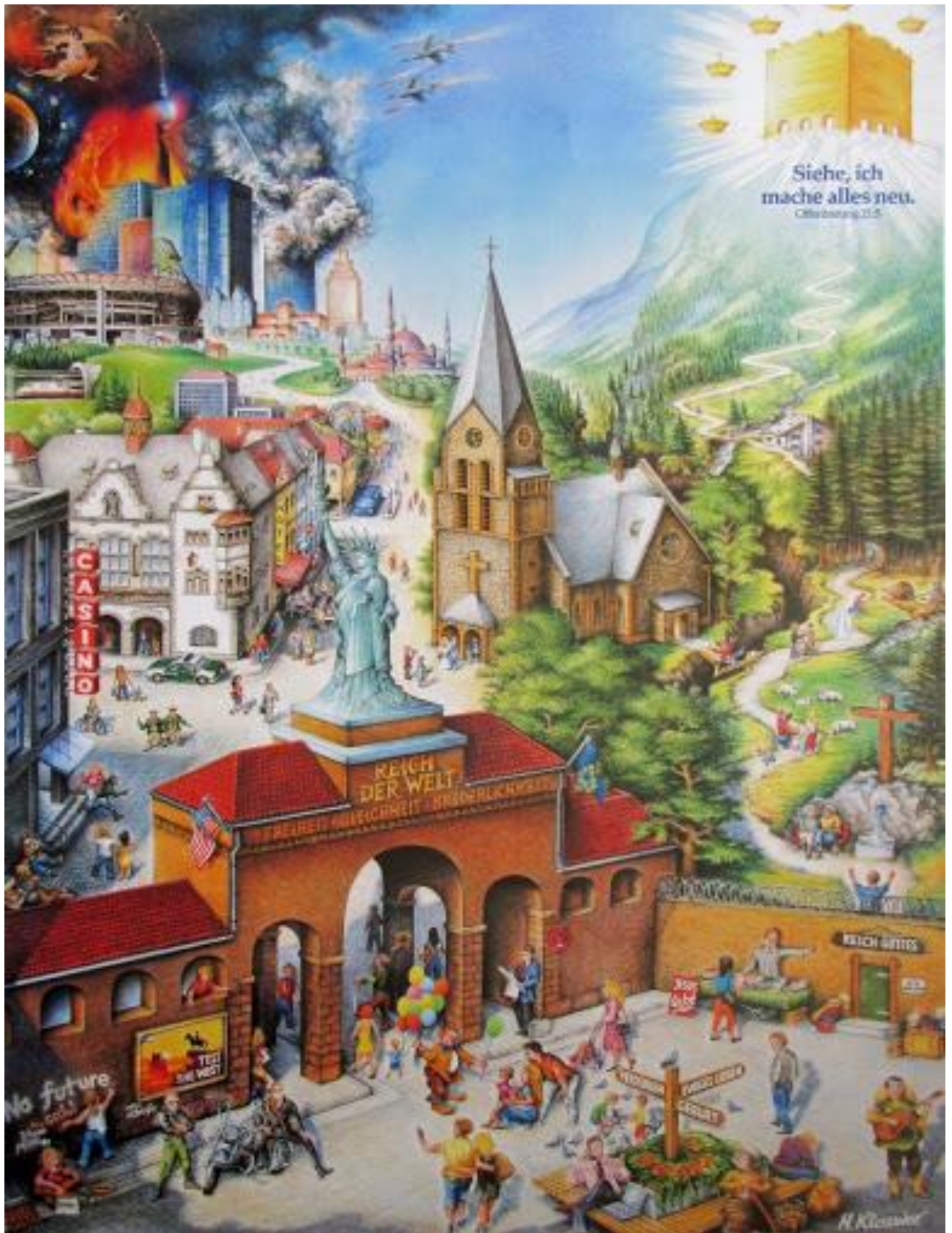


Die Zukunft Deutschland und Europas!













Dabei ist zu den Deutschen absolut folgende naturgesetzliche Regel jederzeit uneingeschränkt zu beachten:



Bildquelle: <https://de.cleanpng.com/png-795jie/>

Die Deutschen sind vergleichbar mit den Bienen ungemein fleißig und geistig im höchsten Maße erfinderisch und einfallsreich.

Werden sie von einem guten Imker gehütet ist dies ein Segen für Gottes Schöpfung!

Wehe dem, wenn sich aber ein falscher Imker der Deutschen bemächtigt! Dann werden diese göttlichen deutschen Bienen zu satanischen „Mörderbienen“!

Damit verkehrt sich dieser Segen in einen wahren Fluch mit der Folge, dass die gesamte Schöpfung der Vernichtung anheimfällt!

Genau das lehrt Euch die Vergangenheit!

Darum merket gut: ACHTET STETS AUF DEM IMKER!

Führe die Deutschen in die natürliche Ordnung Gottes, gebe Ihnen gemütliche Heimstätten mit großzügigen Gärten, schaffe einen freien Nährstand, ein familiäres Manufakturwesen und lass alles zum Guten gedeihen!

Beseitigt gründlich den Kapitalismus mit der Wurzel allen Übels; dem dämonischen Geld, „Edelmetallen“ und „Edelstein“-Fantasie.

Bringt alle Rohstoffe aus Gottes Natur in einen gleichen Wert und der Menschheit entsteht ein Paradies auf Erden!

Beachtet Ihr dies nicht, wird jeden Einzelnen von Euch das Nichts verschlingen und Eure Seele ist dahin!



Diese Dokumentation basiert auf dem neusten Forschungsstand!
Ergänzungen und Korrekturen sind auf Grund der dynamischen Prozesse und fehlender
Informationen ausdrücklich vorbehalten!
Forschungsstand: 11. Januar 2025